



STADT FORUM POTSDAM

Dokumentation 2025

Impressum

Herausgeber: STADT FORUM POTSDAM
 Brigitta Bungard
 Dipl. Phil. Saskia Hüneke
 Dipl. Ing. Hajo Kölling
 Doreen Löwe
 Eugen Meckel
 Prof. Dipl. Ing. Bernd Steigerwald
 Prof. Dr. Hermann Voeseen

Bearbeitung Dr. Ing. Günter Schlusche
 Gestaltung Ulf Wrede, Grafik Design, Berlin
 Druck Druckerei Rüss, Potsdam

Weitere Informationen zum STADT FORUM POTSDAM sowie die Dokumentationen der zurückliegenden Jahre sind im Internet unter www.stadtforumpotsdam.de zugänglich.

Potsdam, im Februar 2026

Abbildungsnachweise und -erläuterungen:

Umschlagfoto: Blick vom Bildungsforum auf den Platz der Einheit. Mai 2025; Foto: Landeshauptstadt Potsdam, Barbara Plate

S. 3 Karoline Wolf
 S. 8 oben: Entwicklungsträger Krampnitz/ProPotsdam, Luftfoto 2025

S. 8 Mitte und unten: AFF Architekten Berlin
 S. 9 rechts Landeshauptstadt Potsdam, GB 2 Schulverwaltung
 S. 11 Universität Potsdam

S. 18 Landeshauptstadt Potsdam GB 4
 S. 19 oben und unten: Landeshauptstadt Potsdam GB 4
 S. 19 Mitte: Landesamt für Umwelt Brandenburg
 S. 19 unten links: Landeshauptstadt Potsdam GB 4
 S. 20 oben und Mitte: Landeshauptstadt Potsdam GB 4
 S. 20 unten: Landeshauptstadt Potsdam/KIS
 S. 21 , 22 und 23: C. Auer PIK Potsdam
 S. 25 EWP Potsdam, FB Energie und Wasser
 L. Schubert bei Verwendung der Karte GeoBasis-DE/
 LGB d/de by 2-0

S. 30 und 31: Landeshauptstadt Potsdam GB 1
 S. 32 , 33 und 34: DIFU Berlin Henrik Scheller
 Fotos auf den Seiten 2, 4, 5, 6, 7, 9 unten, 10, 13, 14, 15, 16, 17,
 22 oben und 24:
 Landeshauptstadt Potsdam, Barbara Plate
 Fotos auf den Seiten 26, 27, 28, 29, 31, 35, 36 und 37:
 Michael Lüder, Potsdam

Wir haben uns bemüht, die Rechteinhaber für alle wiedergegebenen Abbildungen ausfindig zu machen. Wenn das nicht möglich bzw. inkorrekt war, bitten wir um Nachricht, um die Zustimmung im Nachhinein einzuholen.

Die Arbeit des STADT FORUMS POTSDAM im Jahr 2025 und die Realisierung dieser Dokumentation wurden durch finanzielle Zuwendungen sowie durch Sachleistungen der Stadtverwaltung Potsdam gefördert. Der Stadtverordnetenversammlung, der Stadtverwaltung und dem Oberbürgermeister der Stadt Potsdam, Frau Noosha Aubel, gilt unser herzlichster Dank.

Dokumentation STADT FORUM POTSDAM 2025

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Einführung	
Oberbürgermeisterin Noosha Aubel	3
Übersicht der Sitzungen	3
Jahresrückblick 2025 der Kerngruppe	4
Dokumentation	
81. Sitzung am 9.7.2025	
Schulen für Potsdam – Bildungsgerechtigkeit durch Innovation	
Leitgedanken der Kerngruppe	5
Programm der Sitzung	9
Beitrag Nadine Spörer u.a	10
Empfehlungen der Kerngruppe	14
Dokumentation	
82. Sitzung am 1.10.2025	
Potsdams Grün und Wasser im Klimawandel –	
Neue Strategien für Klimaschutz und Resilienz	
Leitgedanken der Kerngruppe	15
Programm der Sitzung	19
Beitrag Cornelia Auer	21
Empfehlungen der Kerngruppe	25
Dokumentation	
83. Sitzung am 11.12.2025	
Zwischen Sparzwang und Sondervermögen –	
Finanzielle Prioritäten für Potsdams Zukunft	
Leitgedanken der Kerngruppe	26
Programm der Sitzung	31
Beitrag Henrik Scheller	32
Empfehlungen der Kerngruppe	36
Anhang	
STADT FORUM POTSDAM – Ziele und Merkmale	37
Arbeitsvereinbarung des STADT FORUMS POTSDAM	38
Pressespiegel	38



Blick in die Teilnehmerrunde der Sitzung zum Thema Schulen am 9.7.2025

Vorwort der Oberbürgermeisterin



OB Noosha Aubel

Auch im Jahr 2025 hat das STADT FORUM POTSDAM mit seinen Sitzungen zentrale gesellschaftliche und stadtpolitische Fragestellungen aufgegriffen und damit wichtige Impulse für den Dialog in unserer Stadt gesetzt. Die behandelten Themen spiegeln die vielfältigen Herausforderungen wider, vor denen Potsdam steht, und zeigen zugleich Perspektiven für eine nachhaltige und zukunftsorientierte Stadtentwicklung auf.

Im Mittelpunkt des 81. STADT FORUMS POTSDAM standen innovative Schulbauprojekte, zeitgemäße Lernformen und inklusive Bildungskonzepte. Diskutiert wurde, wie moderne pädagogische Ansätze und neue räumliche Konzepte dazu beitragen können, Chancengleichheit für alle Kinder und Jugendlichen in der wachsenden Stadt langfristig zu sichern.

Als positives Praxisbeispiel wurde unter anderem die Grundschule in Krampnitz vorgestellt, die mit ihrem Cluster- und Kompartiment-Konzept neue Wege des Lernens und Zusammenlebens eröffnet. Die flexible Raumgestaltung fördert kooperatives Arbeiten, individuelle Förderung und eine starke Gemeinschaft innerhalb der Schule.

Ergänzend dazu wurde das Konzept der Universitätsschule thematisiert, das derzeit im Rahmen der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung erörtert wird. Im Fokus stand dabei insbesondere die Verbindung von schulischer Praxis, wissenschaftlicher Begleitung und innovativer Unterrichtsentwicklung. Insgesamt wurde deutlich, dass Potsdam vor der Chance steht, Schulentwicklung ganzheitlich zu denken – als Zusammenspiel von Architektur, Pädagogik und sozialer Verantwortung. Die im STADT FORUM POTSDAM vorgestellten Impulse können hierfür wichtige Grundlagen schaffen, um zukunftsfähige Bildungsorte für kommende Generationen zu entwickeln.

Das 82. STADT FORUM POTSDAM widmete sich den Themen Grünflächen und Wasser in unserer Stadt. Grünflächen sowie Oberflächen- und Grundwasser sind zentrale Lebensgrundlagen für Mensch und Natur und prägen maßgeblich die Lebensqualität der Potsdamerinnen und Potsdamer. In den vergangenen Jahren wurde jedoch zunehmend sichtbar, dass Natur nicht statisch ist: Der Klimawandel verändert Wetterphänomene, Jahreszeiten und Landschaften, viele Gewässer verlieren an Wasser.

Gleichzeitig wächst das Engagement von Bürgerinnen, Bürgern und Initiativen, die sich unterstützend einbringen möchten und nach geeigneten Beteiligungsformaten suchen. Vor diesem Hintergrund wurden unterschiedliche Perspektiven auf den Umgang mit Wasser in der Landschaft beleuchtet und diskutiert.

Unter der Leitfrage „Gewässerreich, aber wasserarm?“ wurde deutlich, dass ein gemeinsamer, zukunftsfähiger Umgang mit der Ressource Wasser notwendig ist, um dieses wichtigste Grundnahrungsmittel und prägende Landschaftselement langfristig zu erhalten.

Das 83. STADT FORUM POTSDAM befasste sich schwerpunktmäßig mit der angespannten finanziellen Lage der Kommunen. Bundesweit stehen Städte und Gemeinden unter erheblichem Druck: Bereits 2024 belief sich das Finanzierungssaldo der Gemeinden und Gemeindeverbände auf rund minus 25 Milliarden Euro – ein klares Zeichen für die fortschreitende strukturelle Unterfinanzierung der kommunalen Haushalte. Hoffnung auf Entlastung macht das vom Bund angekündigte Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität, das neue finanzielle Spielräume eröffnen könnte.

Wie kann Potsdam auf sinkende Schlüsselzuweisungen des Landes reagieren, während gleichzeitig die Ausgaben für soziale Leistungen, Personal, Mieten und Energie weiter steigen, war die zentrale Frage. Diskutiert wurden verschiedene Strategien, um den Spagat zwischen notwendiger Haushaltskonsolidierung, hohem Investitionsbedarf und der Finanzierung zentraler Transformationsaufgaben zu bewältigen.

Der Blick nach vorn zeigt, dass Kommunen in den kommenden Jahren noch stärker gefordert sein werden, klare Prioritäten zu setzen und ihre finanziellen Spielräume strategisch zu nutzen.

Liebe Leserinnen und Leser, ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre und blicke zuversichtlich auf ein ebenso interessantes Jahr 2026.

Ihre Noosha Aubel
Oberbürgermeisterin der Landeshauptstadt Potsdam

STADT FORUM POTSDAM

Übersicht der Sitzungen

- | | |
|----------------|--|
| 1998 | 1. Stadtmitte und Verkehr
2. Funktion und Gestalt der Mitte – Bedeutung für die Gesamtstadt
3. BUGA 2001 – Chance für Potsdam |
| 1999 | 4. Die „Mitten“ Potsdams – Beispiel Projekt – Alte Stadtgärtnerei
5. Insel Potsdam – Stadtlandschaft am Wasser und Ausbau der Wasserstraßen
6. Wohnungsbau und Bevölkerungsentwicklung in Potsdam |
| 2000 | 7. Gewerbeflächen und Arbeitsplätze in Potsdam
8. Kulturstadt Potsdam
9. Gestalterische Ansprüche und Bedeutungswerte für die zukünftige Mitte Potsdams |
| 2001 | 10. Stadtteilzentren und Zentrenkonzepte für die Neubaugebiete
11. Preußischer Jahr 2001 – Wiederaufbau der Garnisonkirche?
12. Leitlinien der Stadtentwicklung Potsdams bis 2015 |
| 2002 | 13. Öffentlicher Raum – Öffentliche Plätze
14. Potsdamer Norden – Potsdamer Süden
15. Kulturstadt Potsdam – Kulturhauptstadt Europas? |
| 2003 | 16. Zwischenbilanz der Konversion
17. Gestaltungsansprüche für Architektur in Potsdam
18. Potsdam - Alt und Neu - Nord und Süd |
| 2004 | 19. Potsdam – Stadt der Gärten und Parks
20. Potsdam von außen
21. Alter werden in Potsdam |
| 2005 | 22. Zukunft der Potsdamer Mitte
23. Zukünftige Schwerpunkte und Struktur der Potsdamer Kulturpolitik
24. Potsdam und der Tourismus |
| 2006 | 25. Potsdams Funktionen als Landeshauptstadt
26. Städtebau und Architektur der Moderne in Potsdam
27. Mitte für die Stadt – Der Landtagsneubau |
| 2007 | 28. Sport in Potsdam
29. Die Zukunft des Potsdam-Museums
30. Politische Gewalt des 20. Jahrhunderts - Orte der Erinnerung in Potsdam |
| 2008 | 31. Vom Telegraphenberg zur Speicherstadt
32. Der Alte Markt und sein Umfeld
33. Potsdam als Erinnerungsort |
| 2009 | 34. Klimaschutz für Potsdam – Das Beispiel Bornstedter Feld
35. Architektonische Vielfalt und Nutzungsmischung in Potsdams Mitte
36. Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen als Standortfaktoren |
| 2010 | 37. Leitbauten- und Nutzungskonzeption für die Potsdamer Mitte
38. Verkehr in Potsdam
39. Klimaschutzkonzept für Potsdam |
| 2011 | 40. DDR-Architektur in Potsdam
41. Stadtlandschaft Ufer – Potsdams Uferzonen
42. Neubebauung am Alten Markt – Ergebnisse der Vergabeverfahren zum Havelufer |
| 2012 | 43. Stadtentwicklungskonzept Verkehr
44. Neues Wohnen für Potsdam
45. Innovative Beteiligungsformen in der Stadtentwicklung |
| 2013 | 46. Entwicklung der Kaserne Krampnitz
47. Wohnen heißt Bleiben
48. Tickets und Events in Potsdam |
| 2014 | 49. Potsdams Schulbildungslandschaft
50. Soziokulturelle Zentren im Umbruch
51. Stadtentwicklung im Weltkulturerbe |
| 2015 | 52. Kreativwirtschaft in Potsdam
53. Integration von Flüchtlingen
54. Leitbautenkonzept – Evaluation und Fortschreibung |
| 2016 | 55. Stadtentwicklung und Bürgerbeteiligung
56. Wachsende Stadt – Begrenzte Flächen
57. Rückführung der Stadtschlossfiguren? |
| 2017 | 58. Potsdam – Klimaschutz mit Zukunft?
59. Golm – Auf dem Weg zu einer neuen Identität?
60. Toleranz in Potsdam – Der Beitrag der religiösen Glaubensgemeinschaften |
| 2018 | 61. Gewerbe in Potsdam
62. Die Ressource Wasser und die Insel Potsdam
63. Stadt und ländlicher Raum – Potsdams „neue“ Ortsteile nach den Eingemeindungen |
| 2019 | 64. Potsdam – Wie hoch? – Wie dicht?
65. Bleibt Potsdam bezahlbar? Mieten und Wohnen in Potsdam
66. Der Potsdamer Stadtkanal – Wie geht es weiter? |
| 2020 | 67. Corona und Stadt – Was lernt Potsdam aus der Krise?
68. Entwicklungsraum Plantage |
| 2021 | 69. Perspektiven der Innenstadt Potsdam
70. Neue Entwicklungen in der Potsdamer Museumslandschaft
71. Klimaneutrale Stadtentwicklung für Potsdam |
| 2022 | 72. Jugendräume in Potsdam
73. Potsdam und sein Wetterbe
74. Schlaatz 2030 – Platte mit Zukunft! |
| 2023 | 75. Nachhaltiges Bauen in Potsdam
76. Kirchsteigfeld und Bornstedter Feld nach 25 Jahren
77. Modellprojekt Smart City |
| 2024 | 78. Potsdams Wärmewende
79. Mobilität und Verkehr in Potsdam
80. Integration von Flüchtlingen und Migranten in Potsdam |
| 2025 | 81. Schulen für Potsdam
82. Potsdams Grün und Wasser im Klimawandel
83. Finanzielle Prioritäten für Potsdams Zukunft |
| Weitere Themen | Wohnen in Potsdam
Alter Markt – Neues Leben?
Innovationszentren – Hotspots für Potsdam? |

Jahresrückblick 2025

Einführung der Kerngruppe

Die städtischen Finanzen waren nicht nur Thema einer Sitzung in diesem Jahr, es betraf die Arbeit des STADT FORUMS POTSDAM auch direkt. Da der Beschluss über den städtischen Haushalt sich über Monate verzögerte, waren auch die damit verbundenen Mittel für die Arbeit des STADT FORUMS POTSDAM nicht verfügbar. Daher konnten wir mit unseren Veranstaltungen erst in der zweiten Jahreshälfte beginnen.

Im Juli ging es dann los mit dem eigentlich immer aktuellen Thema Schulen. Potsdams Schulentwicklung steht angesichts des Geburtenknicks der Nachwende-Zeit und angesichts der Themen Digitalisierung/Handynutzung und Mobbing/Vereinsamung vor großen Herausforderungen. Auch die stellenweise hohen Migrantenanteile erfordern unterstützende Maßnahmen. Dafür sind neue Lehrkonzepte notwendig. Mit der geplanten Universitätsschule sollen Antworten auf die aktuellen pädagogischen Herausforderungen erprobt werden. Hervorzuheben ist, dass u.a. die beiden staatliche Montessori-Schulen bereits erfolgreich reformpädagogisch arbeiten und auf die vielfältigen Lernbiografien, schülerorientiert eingehen. Das Beispiel der neuen Schule in Krampnitz zeigt mit dem Konzept der Raumgruppen („Cluster- und Kompartiment-Konzept“), dass auch Innovationen im Schulbau die pädagogischen Konzepte unterstützen können. In der Abschlussrunde wurde hervorgehoben, dass es eine zentrale Aufgabe ist, solche Ansätze in die Breite der Potsdam Schulen zu bringen.

In der zweiten Sitzung ging es um „Potsdams Grün und Wasser im Klimawandel“. Die Bewältigung des menschengemachten Klimawandels stellt auch Pots-

dam im Bereich Grün und Wasser vor große Probleme. Das beweisen die aktuellen Fakten und Zahlen der Stadt. Die Probleme werden sich weiter zuspitzen, so eine Expertin vom PIK Potsdam. Die Stadt hat bereits wesentliche Schritte eingeleitet. Der Kommunale Immobilienservice hat neue Standards der Freiflächenbewirtschaftung und -bepflanzung z.B. mit trockenheitsresistenten Pflanzen und mit Gründächern eingeführt. Das Prinzip der Schwammstadt, also einer Stadt, die das auf ihrer Fläche anfallende Regenwasser speichert und nicht länger ableitet, ist auch für den Umbau der Potsdamer Freiflächen zur Maxime geworden und schlägt sich im neuen Stadtteil Krampnitz in Form eines innovativen Wasser- und Grünkonzepts nieder. Die entsprechenden Maßnahmen wurden jedoch auch kontrovers diskutiert und ihre Wirksamkeit bei extremen Wetterereignissen in Frage gestellt. Hervorgehoben wurde die notwendige Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements für den klimagerechten Umbau Potsdams.

In der letzten Sitzung zum Jahresende fragten wir dann nach den finanziellen Prioritäten für Potsdams Zukunft: „Zwischen Sparzwang und Sondervermögen“.

Der Kämmerer stellte eindrücklich das strukturelle Haushaltsdefizit da. Es muss daher dringend über Einsparungen und damit auch Leistungseinschränkungen diskutiert und entschieden werden. Auf Grund des hohen Anteils an pflichtigen Aufgaben der Stadt, ist der Spielraum für Kürzungen begrenzt. Wie schwierig die Entscheidungen dazu werden, machten Akteure aus den Bereichen Kultur, Wirtschaft, Soziales und

Umwelt deutlich. Sie vermittelten ebenso eindrücklich, wie wichtig die jeweiligen Beiträge für das soziokulturelle und wirtschaftliche Wohlergehen der Stadt sind. Dennoch wird man nicht umhinkommen, die Wirksamkeit von Förderprogrammen zu hinterfragen, um daraus Einsparmöglichkeiten zu generieren. Das zentrale Problem ist jedoch die Unterfinanzierung der Kommunen durch den Bund und die Länder. Das zugunsten einer besseren Grundfinanzierung der Kommunen zu ändern, ist dringend notwendig. Dafür müssen die Städte und Gemeinden in Allianz mit ihren Bürgern kämpfen.

Die Wahrnehmung unserer Veranstaltungen hat sich durch den inzwischen etablierten Livestream erweitert - sowohl bei den Liveübertragungen, wie auch bei späteren Aufrufen von Sitzungen. Neben dem Angebot des ortsunabhängigen Zuhörens haben wir in diesem Jahr versucht, das Publikum der Präsenzveranstaltungen stärker einzubeziehen. Es geht uns darum, die starre Form der abschließenden Podiumsdiskussion aufzulockern. Mit dem dafür gewählten Format Fishbowl gelingt es, die Gesprächsdynamik zwischen den Referenten und dem Publikum anzuregen.

Zum Beginn des neuen Jahres bleibt das Thema Stadtfinanzen und Sparzwänge virulent. Auch das STADT FORUM POTSDAM ist eine sogenannte freiwillige Leistung, deren Fortsetzung zur Diskussion steht.

Für die Kerngruppe
Hermann Voesgen



Hermann Voesgen und Agnes v. Matuschka auf dem Podium am 11.12.2025



Eva Wieczorek während ihres Diskussionsbeitrags zum Thema Schulen

Die rechtzeitige Bereitstellung, bedarfsgerechte Gewährleistung und langfristige Sicherung der schulischen Bildung ist einer der wesentlichen kommunalen Verantwortungsbereiche. Die Debatten der letzten Jahre in Deutschland über die Gerechtigkeit von Bildungssystemen gegenüber Kindern und Jugendlichen gerade im internationalen Vergleich (u.a. PISA-Studien) haben sehr deutlich gezeigt, daß gute Schulen und eine umfassende schulische Bildung für die Entwicklung unserer Gesellschaft immer wichtiger geworden sind. Das gilt im Land Brandenburg und in dessen Landeshauptstadt Potsdam gleichermaßen.

Im Land Brandenburg sind die Rollen und Aufgaben von Kommune und Land bei der Schulplanung und -versorgung gesetzlich geregelt v.a. durch das Gesetz über die Schulen im Land Brandenburg (Brandenburgisches Schulgesetz), für das das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (MBJS) zuständig ist. Danach ist die Schulbeschaffenheit und -ausstattung (Pädagogisches Konzept, Personal, bauliche Rahmenbedingungen etc.) Aufgabe des Landes, während die Kapazitätssicherung und bauliche Bereitstellung der jeweiligen Schulen Aufgaben der Kommune sind (Kurzformel für die Schulversorgung: „Software durch das Land – Hardware durch die Kommune“). Die Trägerschaft einer Schule kann öffentlich und privat bzw. kirchlich sein und hat Auswirkungen auf die Schulkonzeption.

Die Anzahl und Qualität der Schulplätze in Grund- und weiterführenden Schulen Potsdams wird maßgeblich von der Entwicklung der Einwohnerzahlen und der Zahl der Kinder und Jugendlichen bestimmt. Potsdam ist seit mehr als 20 Jahren gewachsen – Anfang

2025 hatte Potsdam 187.820 Einwohner und damit mehr als in den Vorjahren angenommen. Das Bevölkerungswachstum ist jedoch in den letzten Jahren zurückgegangen (Geburtenknick) und hat nun auch die Primarstufe erreicht. Dadurch haben sich die Rahmenbedingungen für die Schulversorgung verändert.

Die kommunalen Aufgaben für die Schulplanung werden im Schulentwicklungsplan (SEP) zusammengefasst. Der aktuell gültige SEP stammt aus dem Jahr 2021 und wurde 2023 angepasst. Infolge der Corona-Pandemie ist es zu einer verlangsamtten Bevölkerungsentwicklung gekommen. Dieser Rückgang wurde jedoch durch den Anstieg von schulpflichtigen Geflüchteten u.a. aufgrund des Kriegs in der Ukraine teilweise wieder ausgeglichen. Die nächste Fortschreibung des SEP ist 2026 vorgesehen.

Innovativer Schulbau - Innovative Schulkonzepte

Das Konzept der Schule und der Begriff der schulischen Bildung erhalten im Prozess des Wandels von der Industrie- zur Wissensgesellschaft eine neue Bedeutung. Schulische Bildung wird heute ganzheitlich verstanden. Sie bezieht sich auf die Schule als Lebensort für Heranwachsende, der Schüler:innen mit sehr unterschiedlichem Lernverhalten gleichermaßen zur Verfügung stehen muss, z.B. Schüler:innen mit Behinderungen und besonderen Förderbedarfen (Barrierefreiheit, Inklusion) oder mit spezifischen, durch das Elternhaus bedingten. Eine moderne Schule muss den Schülern heute tendenziell ganztags zur Verfü-

gung stehen, kann sowohl Ort für die vorschulische Bildung und Erziehung (Kita) als auch für die berufsbegleitende (duale) Ausbildung sein und kann auch Funktionen als Kommunikations-, Begegnungs- oder Freizeitort für den Stadtteil übernehmen.

Zudem haben sich die Konzepte schulischen Lernens aufgrund neuer Erkenntnisse aus der Lern- und Hirnforschung weiterentwickelt. Lernen besteht – auch nach Auffassung der OECD – heute nicht länger nur im Ansammeln von Fakten, sondern im Vermitteln von Kompetenzen. Dabei werden das interaktive Anwenden von Medien und Ausdrucksmitteln (Sprache) sowie das Interagieren in heterogenen Gruppen als notwendige Kompetenzen für ein selbstbestimmtes und zugleich ökonomisch tragfähiges, sozial wie kulturell reichhaltiges Leben beschrieben. Derart veränderte Lernziele und -inhalte führen zu anderen Lernkulturen und Organisationsformen.

Diese Lernkonzepte haben Auswirkungen auf die baulich-räumlichen Anforderungen an Schulbauten. Lernen geschieht wechselweise im Klassenverbund, in kleineren Gruppen, allein oder auf Jahrgangsebene. Lernende und Lehrende verbringen zunehmend häufiger einen Großteil des Tages gemeinsam in der Schule, die damit zum Lern- und Lebensort wird. Diese neuen Erkenntnisse erfordern anders konzipierte Schulgebäude, mit flexiblen und für unterschiedliche Lern- und Arbeitsformen geeigneten Räumen, dazu ein erweitertes Spektrum an gemeinschaftlichen Begegnungs- und Aufenthaltsräumen. Potsdam hat die Chance und die Verpflichtung, Schulgebäude nicht nach bekannten – ggf. veralteten - Raumschlüsseln zu errichten, sondern



Timo Riemann (StVV Potsdam) nimmt Stellung zur Schulsituation in Potsdam.



Hajo Kölling und Prof. Bernd Steigerwald (beide Kerngruppe) in der Diskussion

in den vorgesehenen Kostenrahmen nachhaltige und zeitgemäße Konzepte zu entwickeln und umzusetzen.

Der Architekt bzw. die Architektin kann als ein „dritter Pädagoge“ das erfolgreiche Unterrichten und Lernen durch die entsprechende Organisation und Gestaltung von Räumen und Raumfolgen unterstützen. In Potsdam werden bereits verschiedene innovative Schulbaukonzepte entwickelt und umgesetzt. Dabei geht es zunehmend um Schulen, die besser auf demographische Veränderungen innerhalb der Schülerschaft bzw. des jeweiligen Versorgungsbereichs reagieren können. Sie sind häufig kombiniert mit einer Kindertagesstätte, einem Hort oder einer Jugendfreizeiteinrichtung. Diese Kombination erlaubt nicht nur gemeinsame Raumnutzungen etwa bei der Mensa, sie erleichtert auch bauliche Anpassungen etwa bei sich verändernden Bedarfen und ermöglicht Verknüpfungen mit dem umgebenden Wohnquartier. Auch bei der Planung der schulischen Räume wird weniger auf Nutzungsvorgaben, sondern

auf Variabilität, Clusterbildung und Anpassung an unterschiedlich große Lerngruppen geachtet. Weitere baulich relevante Anforderungen an den Schulbau ergeben sich aus Barrierefreiheit und Inklusion.

Neue Schulkonzepte sollten auch förderlich für die Lernmotivation von Schüler:innen sein, die nach der Grundschule oft abnimmt. Das Bildungssystem ist oft auf Leistung und Noten fokussiert, was bei Schüler:innen, aber auch bei Lehrkräften für Überforderung sorgt. Ziel sollte es sein, daß Schüler:innen und Lehrkräfte wieder gern zur Schule gehen.

Künftige Schwerpunkte des Potsdamer Schulbaus

Schwerpunkte der Schulbauinvestitionen sind Neubauten in den stark wachsenden Stadtteilen Waldstadt, in Eiche bzw. Golm und im Potsdamer Norden. Auch

die Sanierung bzw. Erweiterung bestehender Schulen wird vorangetrieben. Dafür müssen mitunter Ausweichstandorte für mehrere Jahre gefunden werden. Die Maßnahmen für Grundschulen (Primarstufe) umfassen Standorte in Golm, Waldstadt, und im Potsdamer Süden (Telegraphenberg). Bei den Gesamtschulen und Gymnasien der Sekundarstufe stehen Baumaßnahmen im Brunnenviertel, im Bornstedter Feld und im Potsdamer Norden im Vordergrund.

Schulen für den neuen Stadtteil Krampnitz

Im Norden Potsdams entsteht ein neuer Stadtteil, der für ca. 10.000 Einwohner:innen ausgelegt ist. In diesem Stadtteil sollen zwei neue Schulzentren entstehen, eine im Westen, die andere im Osten des Quartiers, das als Mischung von bestehenden, aber modernisierten Kasernenbauten und Neubauten konzipiert ist. Die Grundschule im Osten des Stadtteils



Die Sitzung am 9.7.2025 fand in der Mensa der Rosa-Luxemburg-Schule statt

wurde bereits 2021 begonnen und steht nun vor der Fertigstellung – zeitgleich zur Fertigstellung der ersten Wohnungen des Quartiers. Diese Grundschule ist für 600 Schüler konzipiert und ist als Campus mit einer Kindertagesstätte (150 Kitaplätze), einem Hort sowie einer Sporthalle verknüpft. (Architekten AFF, Berlin). Allerdings wird sie wegen der anfangs beschriebenen verlangsamen Bevölkerungsentwicklung erst später in Betrieb gehen und zunächst vom Nord-Gymnasium genutzt, das anschließend am Campus Jungfermsee seinen endgültigen Standort finden soll.

Das Konzept der Universitätsschule

Universitätsschulen unterstützen neue Formen des Wissenstransfers auf besondere Weise, da sie durch ihre Kooperation mit einer Hochschule eine enge Verbindung von Schulpraxis, Wissenschaftspraxis und Lehrer:innenbildung eingehen. Mehrere Universitäten (z.B. in Bielefeld, Köln und Dresden) haben Universitätsschulen gegründet und beschäftigen sich intensiv damit, wie neue Schulbaukonzepte und zeitgemäßes Lernen zusammengedacht werden können.

In Potsdam haben Vertreter:innen der Lehrkräftebildung der Universität Potsdam zusammen mit Studierenden und Lehrkräften ein Konzept für eine Universitätsschule entwickelt, das die bildungsbezogenen Herausforderungen der Stadt und des Landes in den Blick nimmt und Lösungen erproben und evaluieren will.

Die Errichtung der Universitätsschule schafft die Möglichkeit, Abweichungen von den schulgesetzlichen Regelungen und Verordnungen zu erproben und damit Schule

zu innovieren und langfristig weiterzuentwickeln. Mit dem Status der Universitätsschule ist zugleich die wissenschaftliche Begleitung und Evaluation der Innovationen durch die Universität verbunden. Vor diesem Hintergrund verfolgt die Universitätsschule drei zentrale Bildungsziele:

1. Entkoppelung des Bildungserfolgs von Kindern und Jugendlichen von Herkunftsmerkmalen
2. Reduktion von Chancenungleichheiten
3. Verhinderung von Kompetenzarmut

Um diese Ziele zu erreichen, soll eine Schule geschaffen werden, die Wege zu allen allgemeinbildenden Schulabschlüssen des Landes Brandenburg anbietet und dabei auf eine äußere Differenzierung in Bildungsgänge verzichtet.

Das Konzept der Universitätsschule befindet sich noch in der Prüfung durch das Ministerium – auch in Bezug auf den Standort ist noch keine Entscheidung gefallen.

Fragen für die Diskussion:

1. Reicht das von der Stadt bereitgestellte finanzielle Volumen aus, um alle im SEP enthaltenen Maßnahmen zu finanzieren? Wie geht die Stadt Potsdam mit der finanziellen Lücke zwischen notwendigen Maßnahmen und vorgesehenen Mitteln um? Werden Prioritäten gesetzt?
2. Erhält die Stadt die notwendige Unterstützung, um die ihr zugewiesenen umfangreichen Aufgaben in der Schulversorgung wahrzunehmen? In welchen Bereichen benötigt die Stadt mehr Unterstützung?

3. Berücksichtigen die Neu- und Umbauten die aktuellen pädagogischen Aufgaben?

4. Vor welchen sozialpädagogischen Herausforderungen stehen die Potsdamer Schulen und wie werden sie dabei von Seiten der Stadt personell und materiell unterstützt (Stichwort Sozialarbeit in den Schulen)?

5. Wird die Ausstattung mit Hard- und Software durch den Schulträger gewährleistet?

Wie

6. Wie geht die Stadt Potsdam mit dem Anspruch auf Chancengleichheit für alle Kinder, in Bezug auf Wohngebiete und sozialer Herkunft um?

7. Wie kann es gelingen, die Bürokratie in der Schulorganisation zu reduzieren und die Kommunikation zwischen der Schulverwaltung und den Schulleitungen (z.B. in Bezug auf IT, Planung von Ausflügen etc.) zu verbessern?

Für die Kerngruppe und die weiteren an der Vorbereitung beteiligten Personen
Günter Schlusche

Quellen:

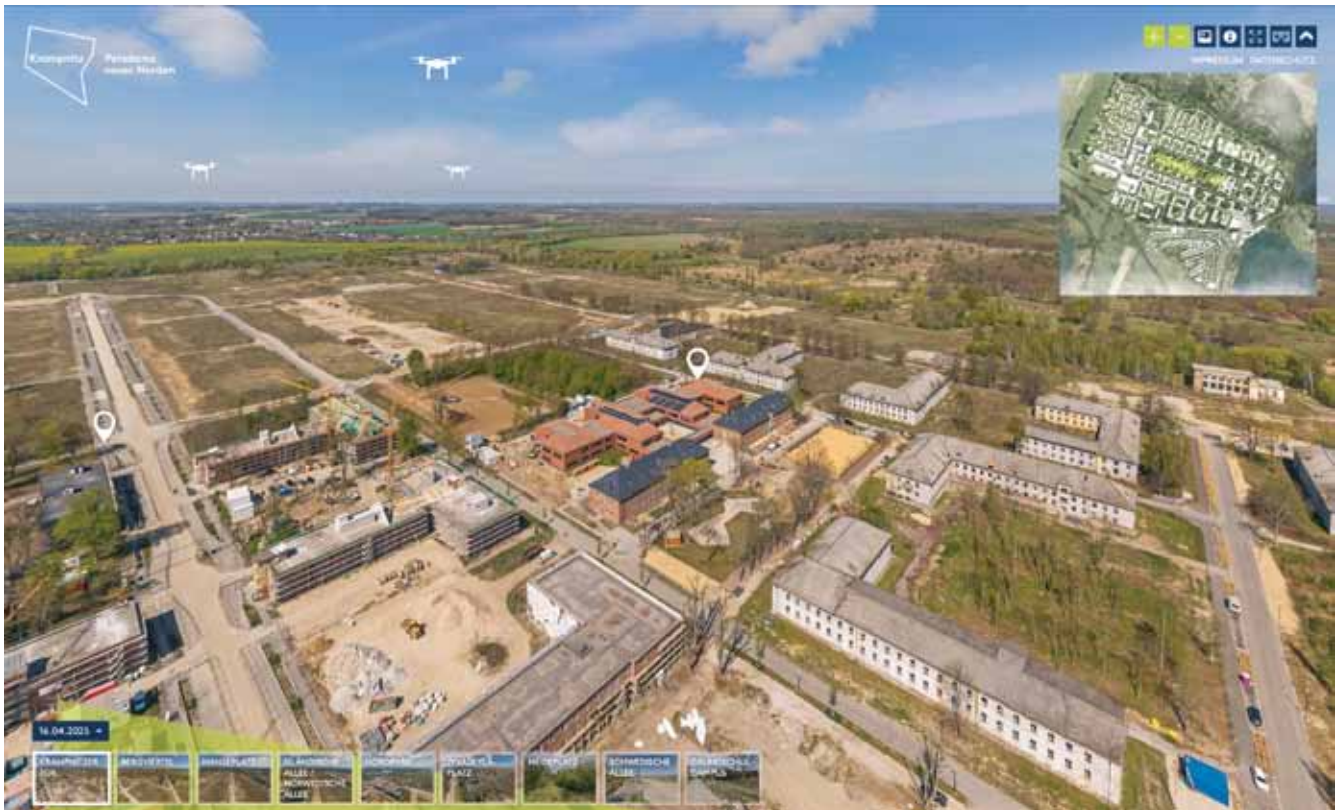
Schulentwicklungsplan (SEP) Potsdam, 2022 – in Überarbeitung, Stadtverwaltung Potsdam
Universität Potsdam und ZeLB (Zentrum für Lehrerbildung und Bildungsforschung der Universität Potsdam), Rahmenkonzept der Universitätsschule Potsdam, Potsdam 2021
(<https://www.uni-potsdam.de/de/zeלב/bildungsforschung-und-transfer/universitaetsschule>)



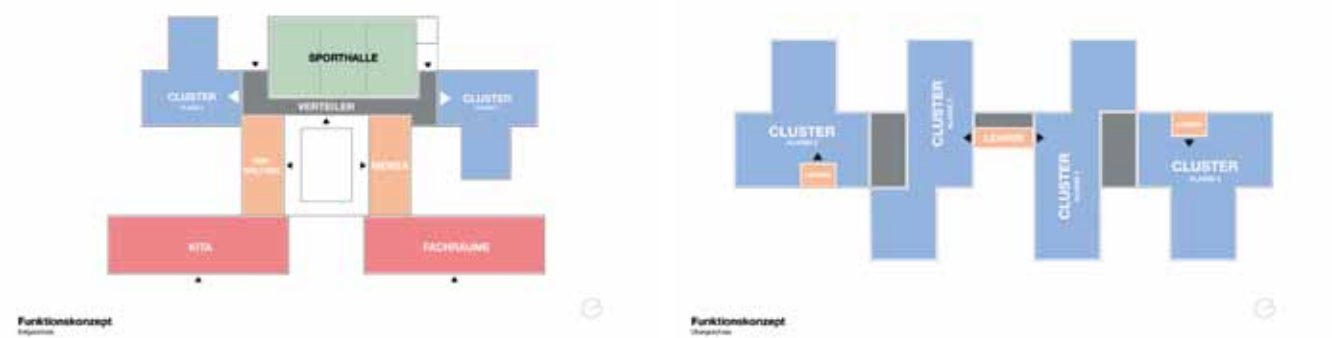
Jasmin Mallmann berichtet über die Erfahrungen in dem von ihr geleiteten Nord-Gymnasium in Krampnitz.



Jakob Stamm vom Kreisschülerrat beteiligt sich an der Aussprache.



Luffoto des neuen Stadtteils in Krampnitz mit Markierung des Schulstandorts



Auszüge aus der Präsentation von Sylvia Brock (AFF Architekten, Berlin) zur neuen Schule in Krampnitz

Termin: Mittwoch, 9.7.2025, 18 Uhr bis ca. 21 Uhr
Ort: Rosa-Luxemburg-Schule, Burgstr. 23 A, 14467 Potsdam, Veranstaltungssaal Mensa
Thema: Schulen für Potsdam – Bildungsgerechtigkeit durch Innovation

Begrüßung Dorothea Ehrenberg (Schulleiterin Rosa-Luxemburg-Schule)
 Prof. Karin Flegel (Moderation)

Einführung Tiemo Reimann (Stadtverordnetenversammlung Potsdam)

Beitrag Schulbau für Potsdam - Schwerpunkte und Zukunftsaufgaben
 Christian Hilbert (Stadtverwaltung Potsdam GB 2)

Beitrag Neuer Schulbau für Krampnitz - Das Konzept der Grundschule
 Sylvia Brock (AFF Architekten, Berlin)

Diskussion

Pause

Beitrag Universitätsschule Potsdam – Ein innovatives Rahmenkonzept für Potsdam
 Prof. Dr. Nadine Spörer/Dr. Verena Maar (Zentrum für Lehrerbildung und Bildungsforschung der Universität Potsdam)

Podiumsgespräch mit Ulf Rosner (Kreiselternbeirat Potsdam), Jasmin Mallmann (komm. Schulleiterin Nord Gymnasium Potsdam) Simon Friedrich-Raabe (Schulleiter Schulzentrum am Stern), Jakob Stamm (Stellv. Sprecher Kreisschülerrat) und weiteren Fachleuten/Beteiligten aus dem Publikum)

Diskussion



Sylvia Brock (Architekturbüro AFF) erläutert die Baukonzeption der neuen Schule in Krampnitz

Potsdams Schullandschaft – Schuljahr 2024/2025

- 23 Grundschulen
- 8 Gymnasien
- 8 Gesamtschulen
- 3 Oberschulen
- 4 Förderschulen
- 1 Schule des zweiten Bildungsweges
- 3 Oberstufenzentren

Insgesamt 50 Schulen in öffentlicher Trägerschaft

08.07.2025 Stadt Forum Potsdam Bildungsstruktur (216)

Schulstandorte - Interimsbauten



Grundschule am Teufelsberg



Schule am Schloss



Grundschule am Humboldtring

08.07.2025 Stadt Forum Potsdam Bildungsstruktur (216)

Schulstandorte – in Realisierung



Krampnitz

08.07.2025 Stadt Forum Potsdam Bildungsstruktur (216)

Auszüge aus der Präsentation von Christian Hilbert (Stadtverwaltung Potsdam GB 2)

Ein Plus für Potsdam: Die Universitätsschule als Katalysator für Bildungsvielfalt und Chancengerechtigkeit

Nadine Spörer, Stefanie Bosse, Verena Maar, Verena und Florian Sievert

Stellen Sie sich eine Schule vor, in der Kinder und Jugendliche unterschiedlichen Alters gemeinsam an Themen arbeiten, die sie interessieren und genau dort abholen, wo sie momentan in ihrem Lernprozess stehen. Eine Schule, die alle so unterstützt, dass genau der passende Weg zum Schulabschluss für ihn oder sie gefunden werden kann. Und das wissenschaftlich begleitet. Klingt utopisch? Könnte aber Wirklichkeit für Potsdam werden – mit der Universitätsschule Potsdam.

1. Was genau ist eine Universitätsschule?

Universitätsschulen sind Schulen, die sich durch eine besonders intensive Zusammenarbeit mit einer Hochschule auszeichnen. Sie sind Orte, die auf aktuellsten wissenschaftlichen Erkenntnissen aufbauen und voller Innovationskraft stecken. Universitätsschulen haben die Aufgabe, Praxislösungen für Herausforderungen des Bildungssystems zu entwickeln und diese im Schulalltag und vor allem im Unterricht zu erproben. Sie bilden nicht einfach nur den gegenwärtigen Stand der Dinge ab und haben auch nicht vor, diesen zu bewahren. Mit der Gründung von Universitätsschulen ist das Ziel verbunden, einen Wandel von Schule zu erreichen und Wissen über Veränderungsprozesse im Bildungssystem zu gewinnen. Universitätsschulen sind weltweit vertreten und organisieren sich in Netzwerken, wie z. B. der International Association of Laboratory Schools (IALS). Die 1894 von John Dewey gegründete Lab School Chicago gilt als erste und älteste Universitätsschule. Die bekannteste und zugleich älteste Universitätsschule Deutschlands ist die Laborschule Bielefeld, die 1974 gegründet wurde und somit seit über 50 Jahren Bildungsinnovationen erprobt. In jüngster Zeit wurden an mehreren Hochschulstandorten in Deutschland neue Universitätsschulen gegründet bzw. sind in Planung. Hierzu gehören die 2015 gegründete Universitätsschule Köln und die 2019 gegründete Universitätsschule Dresden. An der Universität Duisburg-Essen wird aktuell – gemeinsam mit dem dortigen Schulamt – an der Entstehung einer solchen Schule gearbeitet. So reiht sich die geplante Gründung der Universitätsschule Potsdam in diese Entwicklung ein. Universitätsschulen werden oftmals als Versuche gegründet (so z. B. in Bielefeld oder Dresden), es gibt jedoch auch Universitätsschulen, die diesen Versuchsstatus nicht haben (z. B. Köln). In Brandenburg bietet das Schulgesetz seit 2024 die Möglichkeit, Versuchsschulen zu errichten. Als eine solche soll auch die Universitätsschule Potsdam gegründet werden. Die bestehenden und in Planung befindlichen Schulen haben sich im Verbund der Universitäts- und Versuchsschulen (VUVS) zusammengeschlossen.



Prof. Dr. Nadine Spörer (Universität Potsdam) während ihres Beitrags zum Thema Universitätsschule

Mittlerweile wird den Universitätsschulen auch eine wichtige Funktion im Kontext der Lehrkräftebildung zugewiesen. In seiner im Jahr 2023 publizierten „Empfehlung an Bund und Länder für die Lehrkräftebildung“ setzt sich beispielsweise der Stifterverband dafür ein, Universitätsschulen auszubauen, die Innovationen fürs Lernen und Lehren entwickeln und erproben. Auch von Seiten der Eltern besteht eine große Anziehungskraft der Universitätsschulen, die in eine hohe Nachfrage der Schulplätze mündet.

2. Ausgangslage in Brandenburg und Potsdam

Das Land Brandenburg hat insbesondere in der Grundschule mit dem jahrgangsstufenübergreifenden Unterricht in den Jahrgängen 1 und 2 (FLEX), dem langjährigen Ausbau inklusiver Lernangebote, flexibilisierten Formen der Leistungsbewertung und jüngst der Einrichtung von sogenannten Lerngruppen+ Möglichkeiten geschaffen, die sehr unterschiedlichen Bedürfnisse von Grundschülerinnen und Grundschülern adressieren zu können. Dem gegenüber ist die Struktur der weiterführenden Schulen deutlich traditioneller. Das Lernen ab Jahrgangsstufe 7 ist bildungsgangbezogen, also auf den jeweiligen Abschluss fokussiert, und jahrgangshomogen organisiert. Alle Schulen verbindet hingegen der Mangel an qualifiziertem Personal. Jede fünfte unterrichtende Person in Brandenburg hat kein Lehramtsstudium absolviert und

jede dritte neu eingestellte Person in Brandenburg ist eine Seiteneinsteigerin oder ein Seiteneinsteiger. In Studien zu den Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern rangiert Brandenburg im Vergleich zu den anderen 15 Bundesländern auf den hinteren Plätzen (z. B. Stanat et al., 2022). Basiskompetenzen meint hier mit Bezug auf PISA-Fähigkeiten, die für eine befriedigende Lebensführung in persönlicher und wirtschaftlicher Hinsicht sowie für eine aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben notwendig sind. Bereits 2011 hatten 13 % der Brandenburger Viertklässler die Mindeststandards, unter die eigentlich kein Lernender zurückfallen sollte, nicht erreicht. Aktuell haben sich die Anteile in Deutsch (22 %) und Mathematik (29 %) sogar in etwa verdoppelt, sodass jeder vierte Viertklässler die Mindeststandards unterschreitet. Zugleich stärkte das Bundesverfassungsgericht im Jahr 2022 das Recht von Heranwachsenden auf schulische Bildung und nutzte den Begriff der unverzichtbaren Mindeststandards. Eine weitere wichtige Kennzahl für die Leistungsstärke eines Bildungssystems ist die Anzahl der Schülerinnen und Schüler, die die Schule ohne einen Schulabschluss beenden. Diese sollte idealerweise bei null liegen. Im Schuljahr 2022/2023 verließen in Brandenburg hingegen 1.710 von insgesamt 23.446 Abgängerinnen und Abgänger (7,3 %) die Schule ohne Hauptschulabschluss oder Berufsbildungsreife. Brandenburg liegt damit leicht über dem Durchschnitt aller Bundesländer. Innerhalb Brandenburgs lassen sich zudem starke regionale Schwankungen finden (s. Klemm, 2023).

In Indikatoren für schulische Innovation, wie z. B. dem Deutschen Schulpreis, wäre eine größere Sichtbarkeit wünschenswert. Zwar werden immer wieder Schulen aus Brandenburg nominiert, der letzte Erfolg als Preisträger wurde aber bereits im Jahr 2016 mit der Vergabe des Deutschen Schulpreises an ein Potsdamer Gymnasium erzielt. In Bezug auf die Landeshauptstadt Potsdam gestaltet sich die Situation derart, dass in den letzten Jahren die Einwohnerzahl gewachsen ist, was Schulerweiterungen und Schulneubauten erforderlich gemacht hat. Hinzu kommt, dass knapp 70 % eines Jahrgangs am Ende der Grundschulzeit eine Empfehlung für den Erwerb der allgemeinen Hochschulreife bekommen. Potsdamer Schülerinnen und Schüler erhalten damit weit überdurchschnittlich oft eine derartige Empfehlung. Mit dieser Empfehlung steht ihnen der Besuch eines Gymnasiums mit dem Ablegen der Abiturprüfungen im 12. Schuljahr zu. Die Stadt begegnet der Situation mit Schulneubauten und einem Ausbau der gymnasialen Infrastruktur. Dennoch fehlen häufig Gymnasialplätze. Hinzu kommt, dass Potsdam neben den ostdeutschen Städten Schwerin, Greifswald, Erfurt, Jena und Halle/ Saale zu jenen Städten Deutschlands mit der höchsten sozialen Segregation zählt, also der räumlichen Aufteilung, von Familien mit Kindern. Wenn Städte stark sozial segregiert sind, bleiben Kinder und Jugendliche aus Familien mit einem

schwachen sozioökonomischen Hintergrund auch in den Grund- und weiterführenden Schulen „unter sich“. Dies hat wiederum umfassende negative Auswirkungen auf die Bildungsverläufe von Heranwachsenden, es verstärkt das Aufwachsen in Parallelgesellschaften und schränkt bildungsbezogene Chancengerechtigkeit ein. In dieser Statistik liegt Potsdam deutlich vor Berlin, Bremen oder Gelsenkirchen (Helbig & Jähnen, 2018; Helbig, 2023).

3. Vision für die Universitätsschule – Veränderung durch Aufbruch

Wie kann die Universitätsschule nun als reguläre, öffentliche Schule auf diese Ausgangslage reagieren, um die Chancengerechtigkeit in Potsdam zu erhöhen und das zu Beginn entworfene Bild zu erreichen? Denn zu den langfristig feststellbaren und zugleich hoch problematischen Befunden der empirischen Bildungswissenschaften zählt auch, dass familiäre Merkmale von Schülerinnen und Schülern einen großen Einfluss auf den Bildungserfolg haben (Bachsleiter et al., 2022). Trotz zahlreicher bildungspolitischer Bemühungen hat sich dieser Zusammenhang in der letzten Dekade nicht reduziert, sondern insbesondere in den Jahren während und nach der Covid-19-Pandemie noch einmal deutlich verstärkt.

Schulen, auch die Universitätsschule, müssen dieser Situation begegnen, denn ihnen kommt die Aufgabe zu, mit ungleichen Ausgangslagen ihrer Schülerinnen und Schüler umzugehen und alle Heranwachsenden entsprechend ihrer Talente zu fördern.

Die Universitätsschule Potsdam greift diese Herausforderungen auf und verfolgt dabei drei zentrale Bildungsziele:

1. Bildungserfolge von Kindern und Jugendlichen von ihren Herkunftsmerkmalen entkoppeln;
2. Chancengerechtigkeiten reduzieren und
3. Kompetenzarmut, also das Erreichen nur sehr geringer Kompetenzniveaus, verhindern.

Um diese Ziele zu erreichen, soll mit der Universitätsschule eine Schule geschaffen werden, die Wege zu allen allgemeinbildenden Schulabschlüssen des Landes Brandenburg anbietet und dabei auf eine äußere Differenzierung in Bildungsgänge verzichtet. Um sozialen Segregationsprozessen entgegenzuwirken und mehr Chancengerechtigkeit zu ermöglichen, braucht es Diversität und nicht Homogenisierung. Die Universitätsschule muss daher ein Lernangebot schaffen, das für sehr unterschiedliche Schülerinnen und



Abbildung 1: Zentrale Innovationselemente der Universitätsschule Potsdam

Schüler attraktiv ist und das folglich dazu führt, dass sie als Schule von Schülerinnen und Schülern (und Eltern) angewählt wird, die sehr verschieden sind sowohl in ihren lernbezogenen Merkmalen (wie z. B. fachliche Interessen, schulische Leistungen) als auch in ihren individuellen biographischen Merkmalen (wie z. B. sprachlicher, kultureller und sozioökonomischer Hintergrund der Familien). Wenngleich die Universitätsschule eine Schule für alle ist, ist sie somit alles andere als eine Einheitsschule.

Die Universitätsschule Potsdam setzt deshalb in hohem Maße auf eine Flexibilisierung schulischer Strukturen. Diese bezieht sich auf a) die Ausdehnung oder Verkürzung von Lernzeiten; b) die Größe und Zusammensetzung von Lerngruppen und c) die Zuordnung eines Lernenden zu einer Lernstufe, welche spezifisch für ein Fach oder einen Lernbereich erfolgen soll. Als inklusive Schulgemeinschaft bildet sie den Querschnitt der Gesellschaft ab. Sie ergründet die Bedürfnisse sowie Bedarfe ihrer Schülerinnen und Schüler und entwickelt und erprobt konsequent ungleichheitssensible Bildungsangebote, um die Chancengerechtigkeit zu erhöhen. So findet sie für ihre Schülerinnen und Schüler durch die Flexibilisierung von Lernstrukturen den jeweils passenden Weg.

Das Von- und Miteinander-Lernen der Schülerinnen und Schüler, ohne dass sie in der Sekundarstufe I nach Bildungsgängen differenziert werden, ist die zentrale Innovation der Universitätsschule als Versuchsschule. Es gibt keine Vorab-Festlegung, wie viele Schülerinnen und Schüler welche Art von Bildungsabschluss anstreben. Die Universitätsschule begleitet ihre Schülerinnen und Schüler also individuell zum jeweils passenden Schulabschluss.

Für die Landeshauptstadt Potsdam als potentiellen Schulträger käme somit eine für Eltern und Schülerschaft äußerst attraktive Option in der Schullandschaft hinzu. Sie wird in enger Kooperation mit der Universität Potsdam als Partnerin für wissenschaftliche Begleitung und Evaluation gestaltet. Das führt zu mehreren positiven Effekten: Die Stadt gewinnt eine innovative Schule mit Anziehungs- und Strahlkraft. Diese nimmt Druck von der Nachfrage auf Gymnasien. Gleichzeitig entsteht ein Standortvorteil für die Lehrkräftebildung und die Sicherung von Fachkräften. Diese Effekte können sich wiederum positiv auf die Weiterentwicklung anderer Schulen in Stadt und Land auswirken. Dabei hat die Universitätsschule Potsdam drei zentrale Funktionen (s. Abbildung 2):

Funktion	Versuchsschule	Ausbildungsschule	Ort des Wissenstransfers
Beispiel	• Erproben von flexiblen Zeit- und Lernstrukturen • Gemeinsame und zugleich individuelle Lernwege • Maßnahmen zur Stärkung von Chancengerechtigkeit	• Forschungs-Praxis-Kooperationen erproben Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung von Unterricht • Enge Zusammenarbeit von Wissenschaft und Praxis trägt zur Qualität der Lehrkräftebildung bei	• Einrichtung eines CHANCENZentrums • Erprobte Innovationen werden in die Fläche transferiert • Organisation Runder Tische zum Wissensaustausch • Verzahnung von 1., 2., 3. Phase der Lehrkräftebildung durch gemeinsame Konzepte

Abbildung 2: Funktionen und Schwerpunkte der Universitätsschule Potsdam

- Als Versuchsschule kann sie neue Formen des Lehrens und Lernen sowie des Arbeitens in Schule entwickeln und erproben. Sie wird dabei durch die Universität Potsdam begleitet. Durch den besonders engen Austausch zwischen Schule und Universität können Schwerpunkte dieser Entwicklung und Erprobung gezielt gewählt und dabei auf ihre Wirksamkeit überprüft werden. Insofern entwickeln Schule und Universität gemeinsam Prototypen und Lösungen für zeitgemäßes Lernen. Sie erproben, wie inklusives und digital gestütztes Lernen bestmöglich zusammengedacht werden können. Dadurch werden flexible Zeit- und Lernstrukturen ermöglicht.
- Als Ausbildungsschule ist sie eine zentrale Ansprechpartnerin für Innovationen in der Lehrkräftebildung. Durch die intensive Kooperation können die Universitätsschule und die Universität Potsdam gemeinsam Lehramtsstudierende in besonderer Form motivieren sowie die Lehrkräftebildung im Land Brandenburg stärken.
- Als Ort des Wissenstransfers unterstützt die Universitätsschule Potsdam den Transfer ihrer Erfahrungen in die regionale Bildungslandschaft und greift zugleich deren Bedarfe auf. Mittels der Einrichtung des CHANCENZentrums, einer Institution der Uni-

versität in der Schule selbst, werden Transferstrukturen geschaffen und somit der Wissensaustausch mit anderen Schulen umfassend und nachhaltig ermöglicht. Dazu bietet die Universitätsschule z. B. regelmäßig die Möglichkeit der Hospitation, gestaltet Fort- und Weiterbildungen und veröffentlicht alle Materialien und Forschungsergebnisse als Open Educational Resources (OER).

- Funktion
- Versuchsschule
- Ausbildungsschule
- Ort des Wissenstransfers
- Beispiel
- Erproben von flexiblen Zeit- und Lernstrukturen
 - Gemeinsame und zugleich individuelle Lernwege
 - Maßnahmen zur Stärkung von Chancengerechtigkeit
 - Forschungs-Praxis-Kooperationen erproben Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung von Unterricht
 - Enge Zusammenarbeit von Wissenschaft und Praxis trägt zur Qualität der Lehrkräftebildung bei
 - Einrichtung eines CHANCENZentrums
 - Erprobte Innovationen werden in die Fläche transferiert
 - Organisation Runder Tische zum Wissensaustausch
 - Verzahnung von 1., 2., 3. Phase der Lehrkräftebildung durch gemeinsame Konzepte

4. Zusammenfassung und Ausblick: Die Vision der Universitätsschule Realität werden lassen

Halten wir also fest: Universitätsschulen zeichnen sich durch eine enge Zusammenarbeit mit Hochschulen aus. Sie zielen darauf ab, Bildungsinnovationen zu entwickeln und zu erproben, um Veränderungen im Schulwesen zu bewirken.

In Brandenburg und insbesondere Potsdam bestehen erhebliche Herausforderungen im Bildungswesen. Durch die geplante Universitätsschule wird nicht nur ein attraktives Bildungsangebot entstehen, sondern auch Innovation in der Lehrkräftebildung gefördert werden. Sie wird durch die Universität Potsdam begleitet und dabei als Versuchs- und Ausbildungsschule sowie Ort des Wissenstransfers fungieren. Die Universitätsschule Potsdam entwickelt Praxislösungen für Herausforderungen im Bildungssystem und evaluiert als Versuchsschule neue Lehr- und Lernmethoden. Dies reduziert die Abhängigkeit des Bildungserfolgs von sozioökonomischen Herkunftsmerkmalen und fördert Chancengerechtigkeit. Die Schule wird flexibel orga-

nisiert, verzichtet auf eine äußere Differenzierung in Bildungsgänge, und ermöglicht den Schülerinnen und Schülern, passende Bildungsabschlüsse individuell zu erreichen. Ziel ist es, Bildungsgerechtigkeit zu erhöhen und Bildungseinrichtungen in Potsdam und Brandenburg zu stärken.

Die Errichtung der Schule in Potsdam wird in Trägerschaft der Landeshauptstadt Potsdam angestrebt. Dafür wurde in den letzten Jahren im Rahmen eines vielfältigen Beteiligungsverfahrens unter der Koordination der Universität Potsdam in mehreren Phasen (Schulkonzeptteam 2022, Spörer & Völkner 2021, Spörer, 2022) die verschiedenen innovativen Elemente entwickelt und zu einem Gesamtkonzept zusammengefügt. Mit der Änderung des Brandenburgischen Schulgesetzes und der neu geschaffenen Möglichkeit, Versuchsschulen zu gründen, besteht nun die Chance, die Universitätsschule und ihre Vision von Bildung in Potsdam Realität werden zu lassen.

Literatur:

Bachsleitner, A., Lämmchen, R. & Maaz, K. (2022) (Hrsg.). Soziale Ungleichheit des Bildungserwerbs von der Vorschule bis zur

Hochschule. Münster: Waxmann.

Helbig, M. & Jähnen, S. (2018). Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte? Trends und Analysen der Segregation in 74 deutschen Städten. WZB Discussion Paper P 2018-001. Berlin.

Helbig, M. (2023). Hinter den Fassaden. Zur Ungleichverteilung von Armut, Reichtum, Bildung und Ethnie in den deutschen Städten. WZB Discussion Paper. P 2023-003. Berlin.

Klemm, K. (2023). Jugendliche ohne Hauptschulabschluss Demographische Verknappung und qualifikatorische Vergeudung. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

Schulkonzeptteam (2022). Eine Universitätsschule für Potsdam gestalten - Materialien für eine Schulgründung. Verfügbar unter: <https://openup.uni-potsdam.de/course/view.php?id=274>

Spörer, N. & Völkner, K. (Hrsg.). (2021). Rahmenkonzept der Universitätsschule Potsdam. Universität Potsdam. <https://doi.org/10.25932/publishup-49138>

Spörer, N. (Hrsg.) (2022). Konzeptpapier der Universität Potsdam für die zu errichtende Grundschule Krampnitz als Universitätsschule Potsdam. Potsdam: Universität Potsdam.

Stanat, P., Schipolowski, S., Schneider, R., Sachse, K. A., Weirich, S. & Henschel, S. (Hrsg.) (2022). IQB-Bildungstrend 2021. Kompetenzen in den Fächern Deutsch und Mathematik am Ende der 4. Jahrgangsstufe im dritten Ländervergleich. Münster: Waxmann.



Das Publikum der Sitzung am 9.7.2025

Flexibilität und Innovation für Potsdams Schulen!

Empfehlungen der Kerngruppe zur 81. Sitzung

Potsdams zukünftige Schulentwicklung steht angesichts des Geburtenknicks der Nachwende-Zeit und angesichts der Themen Digitalisierung/Handynutzung und Mobbing/Vereinsamung vor großen Herausforderungen. Auch die stellenweise hohen Migrantenanteile können für einige Schulen zu einem pädagogischen Problem werden, wenn das geeignete Personal fehlt. Mit diesen Anpassungsaufgaben sind sowohl die Schüler/inn/en wie auch die Lehrkräfte konfrontiert, die für den Lernerfolg bessere Vorbereitung und neue pädagogische Konzepte brauchen. Helfen können dabei vertrauensbildende Maßnahmen innerhalb der Schulgemeinschaft sowie außerschulische Kooperationspartner. Viele dieser Ansätze und Bemühungen werden jedoch durch die aktuellen Sparvorgaben des Landes und deren Auswirkungen auf die Personalsituation in den Schulen erschwert.

Das Beispiel der nun fertiggestellten Grundschule in Krampnitz zeigt mit dem Konzept der Raumgruppen („Cluster- und Compartment-Konzept“) dass auch Innovationen im Schulbau möglich sind und dabei helfen können. Die Tatsache, dass diese Grundschule wegen kurzfristig geänderter Schülerzahlen erst einmal als Gymnasium genutzt wird, aber baulich gut angepasst werden konnte, beweist die Eignung des hier realisierten baulichen Konzepts und unterstreicht die Notwendigkeit von Flexibilität und Nutzungsanpassung bei zukünftigen Schulbauplanungen

Umso wichtiger ist es, dass mit dem von der Universität Potsdam entwickelten Konzept der Universitätschule nun ein weiterer innovativer Ansatz vorliegt. Dieses auf der Sitzung erstmals öffentlich präsentierte Konzept setzt an dem bildungspolitisch ernüchternden

Fakt an, dass die soziale Herkunft der Schüler/inn/en immer noch die wichtigste Größe für den individuellen Bildungserfolg ist. Der hierzu entwickelte Ansatz, alle Jugendlichen durch Flexibilisierung der Lernzeiten und Lerngruppen und durch unterschiedliche Lernbereiche zu einem Schulabschluss zu führen, verdient daher besondere Unterstützung. Denn damit wird eine Individualisierung des Lernerfolgs möglich - auch unabhängig vom formalen Abschluss.

Die ausgesprochen positive Resonanz, die das Konzept der Universitätschule bei der Diskussion im STADT FORUM POTSDAM erfahren hat, lässt für dessen baldige Umsetzung und praktische Erprobung in Potsdams Schullandschaft hoffen.

Für die Kerngruppe
Dr. Günter Schlusche



Die Sitzungstechnik der Sitzung am 9.7.2025 in der Rosa-Luxemburg-Schule

82. Sitzung am 1.10.2025 um 18 Uhr

Potsdams Grün und Wasser im Klimawandel

Leitgedanken der Kerngruppe

Wasser und Grün sind nicht nur Grundlage des Ökosystems, Lebens- und Energiequelle, sondern auch zentrale Ressourcen für alle menschlichen Aktivitäten. Wasser und Grün sind jedoch regional und saisonal sehr unterschiedlich verteilt und in unterschiedlicher Qualität verfügbar. Der Raum Berlin-Brandenburg ist trotz seiner vielen Oberflächengewässer eine der niederschlagsärmsten und trockensten Regionen Deutschlands. Der Klimawandel trägt elementar zur Bedrohung der Ressourcen Wasser und Grün bei, auch im Raum Potsdam.

Potsdams Grün- und Freiflächen umfassen 58 % des Stadtgebiets, wozu nicht nur die kommunalen Parks, Spielplätze, Grünflächen etc., sondern auch die Parks der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten sowie die Wälder und Forsten gehören. Kommunale Grünflächen stehen z.T. unter großem Nutzungsdruck v.a. in den dicht besiedelten Wohn- und Innenstadtbereichen. Ihre Entwicklung ist in den Jahren von 1992 bis 2010 allerdings durch eine Zunahme des Versiegelungsgrads von 9,2 % auf 11,3 % gekennzeichnet. Zudem macht sich seit einigen Jahren der Klimawandel auch bei den öffentlichen Grünflächen immer stärker bemerkbar z. B. durch das Baumsterben, durch die Trockenperioden, die erhebliche Schäden und Bewässerungsprobleme verursachen, oder durch Vandalismus und Beschädigungen aufgrund anderer Umwelteinflüsse. Die Stadtverwaltung hat 2024 für ausgewählte öffentliche Grünflächen eine Untersuchung und Zustandsanalyse beauftragt, deren Ergebnisse demnächst vorliegen werden.

Zum Baumzustand im Stadtgebiet legt die Stadtverwaltung Potsdam seit einigen Jahren regelmäßig Berichte vor. Der letzte Baumzustandsbericht für 2021/22 umfasst 126.000 Bäume im öffentlichen Straßen- und Grünraum der Stadt. Hinzu kommen 5.200 ha Waldflächen, die ca. 28 % des Stadtgebiets umfassen. Die Situation bei den Bäumen im öffentlichen Raum ist durch zunehmende Vitalitätsverluste insbesondere aufgrund von Trockenheit, aber auch durch Schädlinge, Bodenverdichtung, Streusalz etc. geprägt (+ 15%). Die Zahl der Bäume mit Pflegebedarf steigt seit 2017 ständig an und liegt z.Zt. bei ca. 20 %. Insbesondere betroffen ist die nördliche Innenstadt. Auch die Zahl der Fällungen steigt, wobei die Zahl der Neupflanzungen von Straßenbäumen annähernd gleichbleibt. Ein Grund für diese Stagnation sind die steigenden Kosten für Neupflanzungen und Anwuchspflege. Bis 2024 waren die dafür erforderlichen Finanzmittel abgedeckt, für 2025 zeichnet sich allerdings ein starker Mittelrückgang ab. In der Tendenz wird die Vitalität und die Zusammensetzung der Potsdamer Straßenbäume abnehmen. „In

zehn Jahren wird sich der Altbaumbestand auf 50 % reduzieren.“ (Baumzustandsbericht 2021/22, S. 1). Der daraus resultierende Anstieg des Finanzbedarfs für Neupflanzungen sowie für Pflege- und Schutzmaßnahmen (u.a. mehr Personal, eigene Baumschule) kann nach aktuellem Stand nicht abgedeckt werden.

Damit die öffentlichen Grünflächen auch in Zukunft ihre vielfältigen Aufgaben v.a. die das Stadtklima und die Einwohner, sind grundsätzliche Umbauten und erhöhte Pflegeaufwendungen erforderlich. Bei Grünflächen müssen neue Flächenversiegelungen vermieden und bestehende Versiegelungen rückgebaut werden. Auch der Bodenzustand bzw. dessen Verdichtung und Qualität spielt eine große Rolle. Das auf Grünflächen entfallende Regenwasser sollte über längere Zeiträume vor Ort gespeichert werden, zugleich muss die Bepflanzung trockenresistent sein.

„Der Umbau unserer Städte ist die einzige Chance“

Christine Wilcken, Deutscher Städtetag, in: Süddeutsche Zeitung v. 15.8.2025

Potsdam kann sich beim Grünflächenumbau auf ein Regelwerk zur Klimaanpassung stützen, das in den letzten Jahren entwickelt und gesetzlich geregelt wurde u.a. im Bundesklimaanpassungsgesetz. Zu diesem Regelwerk gehören Mulden und Rigolen zur turna-

hen Regenwassersammlung und -versickerung, aber auch unterirdische Auffangbecken, die in Trockenperioden zur kleinräumigen Bewässerung genutzt werden. Andererseits darf der Grundwasserpegel aber auch nicht zu stark ansteigen, um negative Einflüsse wie Staunässe u.a. auf ältere Stadtbäume zu vermeiden. Auch die Gehölzauswahl spielt eine große Rolle, denn v.a. in innerstädtischen Räumen sind nur bestimmte Baumarten geeignet. Alle diese Maßnahmen erfordern mehr Geld für den Umbau und die Bewirtschaftung von Grünflächen (s. Beitrag H. Balder).

Potsdam hat für den entsprechenden Umbau wichtiger Grünflächen erfolgreich Fördermittel aus dem Bundesprogramm „Anpassung urbaner ländlicher Räume an den Klimawandel“ eingeworben. Diese Mittel werden u.a. für den Umbau bzw. die Erweiterung des Nutheparks am Hauptbahnhof eingesetzt. Weitere Orte für diesen Fördermitteleinsatz sind in Bornstedt, Golm und am Fahrlander See.

Die Bedrohung durch den Klimawandel gilt auch für die Gärten und Parks der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten (SPSG). Das Baumsterben hat hier stark zugenommen und führt zu dauerhaften Beeinträchtigungen des Landschaftsbilds und des ökologischen Werts der Parks. Die SPSG hat bereits darauf reagiert und wird zukünftig erhebliche Zusatzmittel für Baumnachpflanzungen bereitstellen (s. STADT FORUM POTSDAM Dokumentation 2022, S. 22ff).



Blick in den Tagungsraum des Hauses der Natur während der Sitzung am 1.10.2025

Ähnlich besorgniserregend ist die Situation bei der Ressource Wasser, denn auch hier tragen die steigenden Temperaturen (mit 37,6° am 2.7.2025 in Berlin-Dahlem nur knapp unter dem Allzeit-Hitzerekord!) und die immer häufigeren und intensiveren Trockenperioden deutlich zur Verschärfung der Probleme bei. Laut einer Studie der Universität Potsdam gehört Brandenburg zu den Regionen mit der geringsten Neubildung von Grundwasser (s. Tageszeitung v. 21.8.2025). Die Grundwasserneubildung hat seit 1980 in der Region um bis zu 40 % abgenommen. Im ganzen Bundesland Brandenburg und bei nahezu allen Flüssen gibt es Probleme mit dem Niedrigwasser. Acht Brandenburger Landkreise haben Allgemeinverfügungen zur Einschränkung der Wasserentnahme bei oberirdischen Gewässern erlassen. Immer wieder gibt es in Brandenburger Teilräumen (z.B. in der Stadt Brandenburg) direkte Einschränkungen bei der Wasserentnahme. Auch in Potsdam sinkt der Grundwasserpegel und die Appelle zum sparsamen Wasserverbrauch werden immer dringlicher.

Der BUND Brandenburg sieht in 15 von 18 Brandenburger Landkreisen Grundwasserstress und eine Gefahr des übermäßigen Wasserverbrauchs. Die damit verbundenen Probleme sind auch im Raum Potsdam deutlich erkennbar, z.B. bei den sinkenden Wasserständen des Groß Glienicker Sees (- 1,5 m), des Großen Plessower Sees, des Seddiner Sees (- 1,3 m) oder des Güterfelder Haussees.

Hinzu kommt, daß die Qualität und Quantität der Oberflächengewässer der Spree, der Havel und der Nuthe und des Grundwassers großräumig negativ beeinflusst wird, u.a. durch die auslaufenden Braunkohletagebaue im Süden des Landes Brandenburg und durch die Nährstoffeinträge der zunehmend industrialisierten und großmaßstäblich betriebenen Landwirtschaft und Tierzucht.

Die Sicherstellung der Wasserversorgung und der Abwasserentsorgung sowie der Qualität des Trinkwassers sind die Aufgabe der Energie und Wasser Potsdam GmbH (EWP), die auf eine über 140-jährige Geschichte zurückblicken kann. Nach einer kurzen Phase der Teilprivatisierung (1998 – 2000) befinden sich die Wasser- wie auch die Energieversorgung damit wieder in kommunaler Hand. Die EWP betreibt das Trink- und Abwassernetz Potsdams, das u.a. aus fünf Wasserwerken, zwei Kläranlagen, 134 Pumpwerken, 103 Brunnen sowie einem komplexen Leitungsnetz von Trinkwasser-, Misch- und Regenwas-



Lars Schmäh (Stadtverwaltung Potsdam) während seines Beitrags am 1.10.2025

serkanälen besteht. Da Potsdam eine wachsende Stadt ist, erhöht sich auch der Trinkwasserbedarf. Um den steigenden Trinkwasserverbrauch (sowohl Gesamtbedarf wie auch Spitzenbedarf) abzudecken, muss Potsdam erhöhte Aufwendungen für Wartung

und Ausbau des Wassernetzes betreiben. Zusätzlich werden neue Maßnahmen zur Qualitätssicherung des Wassers für Potsdam (steigender Salzwasseranteil, mehr anthropogene Stoffe, höherer Medikamenteneintrag) erforderlich.



Cornelia Auer (PIK Potsdam) erläutert die Wasser- und Grünsituation im Raum Potsdam.

**„Die blau-grünen Infrastrukturen stärken!
Mehr Bäume in die Stadt, mehr entsiegeln,
mehr Raum für die Menschen, um sich vor
der Hitze zu schützen!“**

Prof. Eike Roswag-Klinge, Präsident der Berliner Architektenkammer, in: Tagesspiegel v. 21.8.2025

Eine wichtige Maßnahme zur Stabilisierung des Grundwasserpegels wäre die Reduzierung der Grundwasserentnahme durch Industrie und Landwirtschaft (Wasserpreis als Regulativ) sowie eine wasserschonende Herstellung von Agrarprodukten. Ein wichtiger Faktor ist auch die Entsiegelung von Flächen v.a. in der Stadt, sodass Regenwasser möglichst vor Ort im Boden versickern kann, dort für die Nutzung in Trockenperioden gespeichert werden kann und dann ins Grundwasser gelangen kann (Prinzip Schwammstadt). Der Umbau von der Regenwasserentsorgung zur Regenwasserbewirtschaftung bedeutet jedoch einen Umbau des Systems der Mischkanalisation, denn dadurch werden hohe Regenwasseranteile abseits des Niederschlagsorts dem Oberflächenwasser zugeführt und sind vor Ort nicht mehr verfügbar. Ebenso hilfreich für die Senkung des Trinkwasserbedarfs wäre eine Substitution des Trinkwassers durch Grauwasser, etwa bei der Toilettenspülung oder durch verstärkte Regenwassernutzung (z.B. für Gartenbewässerung).

Für Potsdam wurde das Programm „Potsdam gießt“ entwickelt, mit dem man sich über den Baumzustand und den Wasserbedarf in der eigenen Nachbarschaft informieren kann. Zu diesem Programm gehört eine App (www.potsdamgiesst.de), die bereits 26.000 Bäume umfasst und demnächst im Rahmen des Smart-City-Programms auf alle Straßenbäume erweitert werden soll. Die Potsdamer Bürgerstiftung ist bei der Umsetzung dieses Programms durch Anwohner, Bürger, SchülerInnen und andere Freiwillige stark engagiert.

Für Potsdam werden auch langfristige Vorkehrungen diskutiert, zu denen interkommunale Kooperationen und ggf. auch eine Wasserversorgung aus Regionen außerhalb Potsdams (Wasserimport aus dem Fläming?) gehören. Diese Optionen sind jedoch umstritten, weil sie von der Notwendigkeit des Wassersparens und des Umbaus zur Schwammstadt ablenken.

Die alltägliche Erlebbarkeit der Berlin-Potsdamer Seen- und Parklandschaft – gerade entlang der Uferzonen – muss verbessert werden, auch damit das öffentliche Bewusstsein über die mit der Ressource Wasser verbundenen Qualitäten und Herausforderungen geschärft und erweitert wird.

Fragen für die Diskussion:

1. Gibt es gelungene Beispiele für Grauwassernutzung und Regenwasserspeicherung im Potsdamer Wohnungs- und Industriebau, um die Trinkwassersubstitution und die Senkung des individuellen Trinkwasserverbrauchs voranzutreiben?
2. Wie wird es möglich, die steigenden Kosten für die klimagerechte Grünflächenbewirtschaftung (Umbau der Grünanlagen, mehr Baumpflanzungen etc.) zu sichern?
3. Was bedeutet die Anwendung des Schwammstadt-Prinzips und der Umbau der Mischkanalisation für Potsdam?
4. Welche innovativen Wasserver- und -entsorgungskonzepte werden in Potsdam praktiziert? Inwieweit sind die Maßnahmen zur Senkung des individuellen Wasserverbrauchs erfolgreich?
5. Welche Erfahrungen hat der Einsatz von Bürgern und Anwohnern für die Baum- und Grünpflege gebracht? Sind diese Erfahrungen auch auf andere Bereiche übertragbar?

Für die Kerngruppe
Günter Schlusche

Quellen:

Stadterwaltung Potsdam (FB Klima, Umwelt und Grünflächen), Baumzustandsbericht 2021/22 sowie Zwischenstandsbericht zum Baumzustandsbericht 2023/24 v. 2025

BUND Brandenburg, Seen – Brandenburgs bedrohte Schätze, Potsdam 2024

Hartmut Balder Chancen und Risiken der Gehölzverwendung in der Schwammstadt, in: ProBaum Nr. 1/2025

BUND Zeit, Umweltzeitung für Berlin und Brandenburg, Nr. 3/2024 Thema Wasser

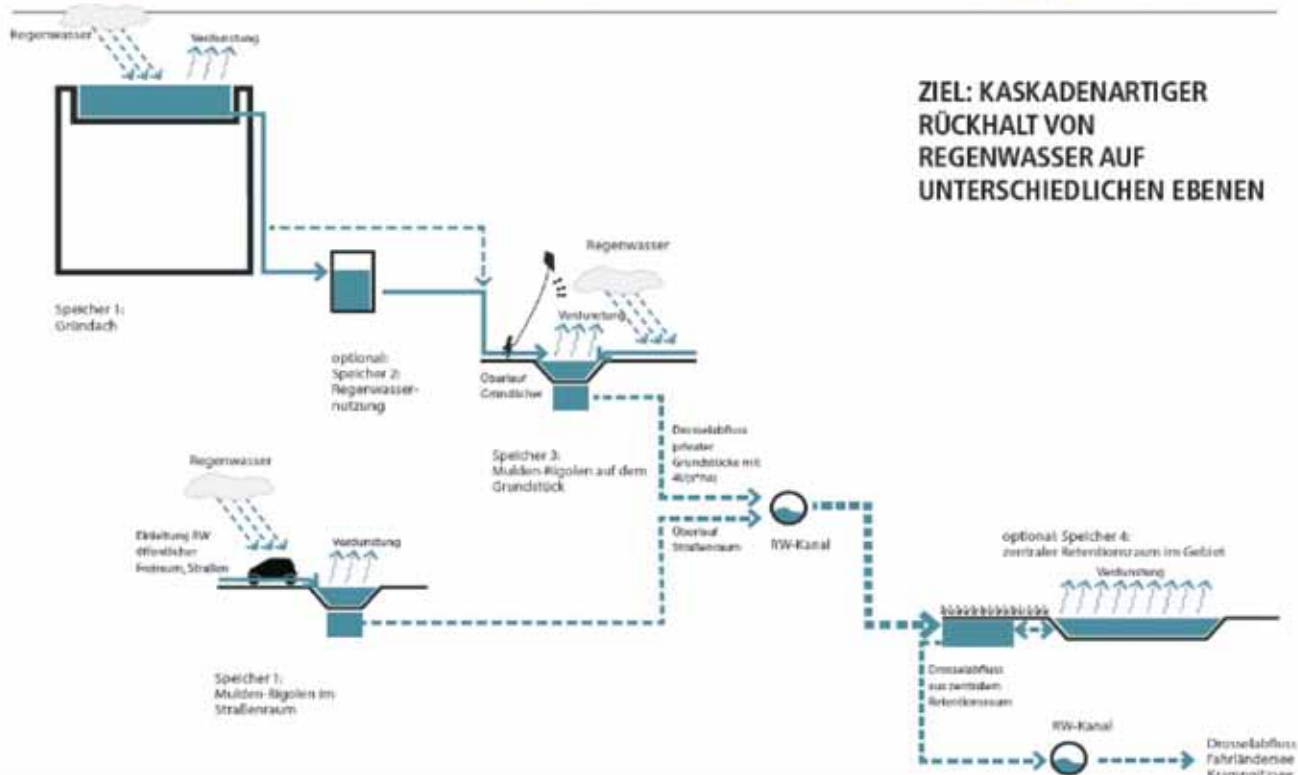


Der Beigeordnete Bernd Rubelt führt zum Thema der 82. Sitzung ein.

Regenentwässerungskonzept



Landeshauptstadt
Potsdam



01.10.2025

Potsdams Grün und Wasser im Klimawandel

14

Klimaanpassung – Stadtklimakarte Planungshinweise für die Nachtstunden



Landeshauptstadt
Potsdam

- für nächtlichen Luftaustausch, Wärmeinseleffekte
- für Kaltluftentstehungsgebiete (Grün- und Freiflächen) mit Zuordnung zu Siedlungsräumen
- Ziel: Möglichkeit erholsamen Schlafs im Innenraum



Grün- und Freiflächen:
(Abtufung von ... bis ...)

Bioklima:
(Abtufung von ... bis ...)

Legende:
 - Sehr hohe bioklimatische Bedeutung
 - Mittlere bioklimatische Bedeutung
 - Geringe bioklimatische Bedeutung
 - Grün
 - Sehr ungenutzt
 - Leitbahngürtel
 - Grünfläche innerhalb einer Kaltluftbahn
 - Wirkungsbereich der lokal entstehenden Strömungssysteme innerhalb der Bebauung

01.10.2025

Potsdams Grün und Wasser im Klimawandel

9

Klimaanpassung - Starkregengefahrenkarte



Landeshauptstadt
Potsdam

- 100-jähriges Starkregenereignis
- Dauer: 60 Minuten
- Gesamtniederschlagshöhe: 46-54 mm



Ausschnitt der Starkregengefahrenkarte für Potsdam

01.10.2025

Potsdams Grün und Wasser im Klimawandel

11

Termin: Mittwoch, 1.10.2025, 18 Uhr bis ca. 21 Uhr
Ort: Haus der Natur, Lindenstr. 34, 14467 Potsdam, Umwelt- und Konferenzzentrum
Thema: Potsdams Grün und Wasser im Klimawandel – Neue Strategien für Klimaresilienz und Ressourcenschutz

Begrüßung Prof. Karin Flegel (Moderation)

Einführung Bernd Rubelt (Beigeordneter für Stadtentwicklung, Wirtschaft, Bauen und Umwelt, Potsdam)

Beitrag Nachhaltigkeit bei Grün und Wasser - Was tut Potsdam?
 Lars Schmäh (Stadtverwaltung Potsdam, FB Klima Umwelt Grün)

Beitrag Klimaresilienz für Wasser und Grün – Hebel und Aktionsfelder für die Kommune
 Dr. Cornelia Auer (Potsdam Institut für Klimafolgenforschung, Potsdam)

Diskussion
 Pause

Beitrag Klimagerechter Wasserhaushalt und umweltgerechte Wasserversorgung für Potsdam
 Luise Schubert (EWP Potsdam)

Beitrag Nachhaltige Bewirtschaftung von kommunalem Grün in Potsdam
 Jeannette Hanko (Kommunaler Immobilien Service Potsdam)

Podiumsdiskussion zum Thema „Wie halten wir das Wasser in der Stadt?“
 Axel Kruschat (BUND Brandenburg)
 Marie-Luise Glahr (Bürgerstiftung Potsdam)
 und weiteren Fachleuten/Beteiligten aus dem Publikum

Diskussion



Neue Bewässerungskonzepte für Innenhöfe.



Beteiligungsformate

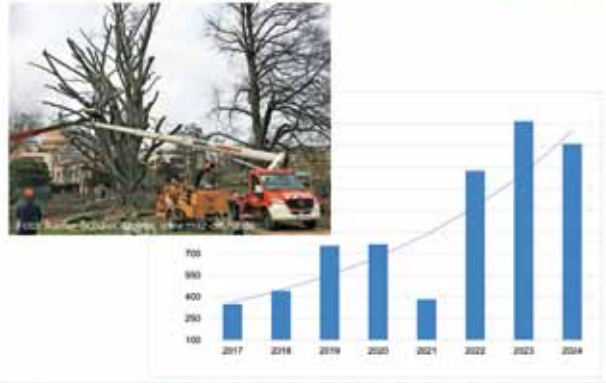


01.10.2025

Potsdams Grün und Wasser im Klimawandel

37

Baumabgänge im öffentlichen Grün



01.10.2025

Potsdams Grün und Wasser im Klimawandel

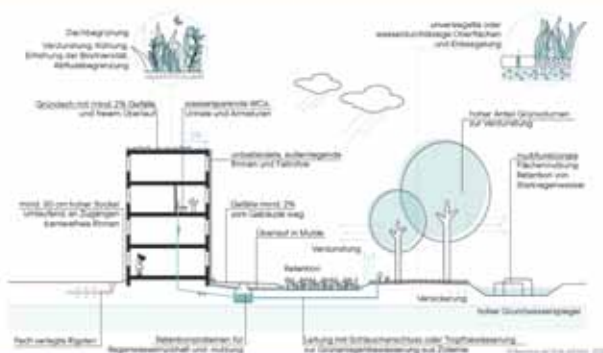
38

Potsdams blau-grüne Kulturlandschaft!



Auszüge aus der Präsentation von Lars Schmäh (Stadtverwaltung Potsdam)

Bsp. Vorgaben Gestaltungskatalog



Kommunaler Immobilien Service KIS, Eigenbetrieb der Landeshauptstadt Potsdam

Bäume als Hitzeschutz

Baumschutz ist Hitzeschutz

- Wir sind für über 31.000 Bäume auf unseren Grundstücken verantwortlich.
- Unsere erste Priorität ist diese Bäume zu schützen.
- Wenn Bäume für Schul- und Kitaerweiterungen gefällt werden müssen, nehmen wir Ersatzpflanzungen vor.

Neue Bäume zum Hitzeschutz

- Wir planen zur Zeit die Neupflanzung von über 250 neuen Bäumen in Kitas und Schulen.
- Das Ziel ist, viele möglichst große Bäume zu pflanzen, die schnell Schatten spenden.
- Die Lösung der Bewässerung und der Schutz vor Vandalismus sind hierbei wichtig.
- Die Initiative wird zu 80% durch das Förderprogramm KW 444 - Natürlicher Klimaschutz in Kommunen - Pflanzung von Bäumen gefördert.



Kommunaler Immobilien Service KIS, Eigenbetrieb der Landeshauptstadt Potsdam

Auszüge aus der Präsentation von Jeannette Hanko (Kommunaler Immobilien Service Potsdam)

Ausgangslage

Städte stehen heute vor einer doppelten Herausforderung: Sie müssen sich gleichzeitig auf zunehmende Trockenperioden und auf intensivere Starkregenereignisse einstellen. Dieser scheinbare Widerspruch ist kein Zufall, sondern Ausdruck einer grundlegenden Veränderung im Wasserkreislauf.

Beobachtungen zeigen, dass sich Deutschland bereits um rund +2 °C erwärmt hat. Diese Entwicklung liegt über dem globalen Durchschnitt und verdeutlicht, wie stark sich die klimatischen Rahmenbedingungen hierzulande bereits verschoben haben. Mit steigenden Temperaturen verändert sich auch das Niederschlagsgeschehen. Für die Region ist zu erwarten, dass die jährlichen Niederschlagsmengen im Mittel eher abnehmen, während einzelne Ereignisse an Intensität gewinnen.

Ein zentrales Warnsignal ist die Entwicklung der terrestrischen Wasserspeicherung – also die Summe aus Boden- und Grundwasser. In den letzten Jahren wurden hier deutliche Defizite sichtbar, insbesondere während der extremen Dürreperiode 2022. Die Situation hat sich seither leicht entspannt, bleibt aber insgesamt kritisch. Das eigentliche Problem liegt weniger im Niederschlag selbst als in der zunehmenden Verdunstung: Wärmere Luft entzieht dem Boden mehr Wasser, wodurch sich der „Korridor“ für die Grundwasserneubildung zunehmend verengt.

Das Ergebnis ist eindeutig: Die Grundwasserneubildung geht spürbar zurück. Damit wird Wasser in vielen Regionen zur knappen Ressource – selbst dort, wo der jährliche Niederschlag nur geringfügig sinkt. Genau an dieser Stelle setzt die urbane Planung an.

Gleichzeitig beobachten wir eine wachsende Zahl und Stärke von Starkregenereignissen. Der Mechanismus dahinter ist physikalisch gut erklärbar: Warme Luft kann mehr Feuchtigkeit aufnehmen. Wenn diese feuchten Luftmassen auf kühlere Schichten treffen, entladen sie sich in sehr kurzer Zeit. Besonders deutlich wird dies im Einflussbereich des Mittelmeers, dessen hohe Oberflächentemperaturen die Verdunstung massiv antreiben.

Das Ahrtal-Hochwasser 2021 steht exemplarisch für diese Entwicklung. Es verursachte Schäden von etwa 30 Milliarden Euro und gilt als ein Ereignis, das ohne den aktuellen Klimatrend statistisch nur alle 2000 Jahre zu erwarten wäre. Solche Zahlen verdeutlichen: Die Kosten des Nicht-Handelns übersteigen längst die Kosten der Anpassung.

Neben der Intensität rückt auch die Dauer extremer Wetterlagen in den Fokus. Blockierende Großwetterlagen – etwa stationäre Hoch- oder Tiefdrucksysteme – führen dazu, dass Hitze oder Starkregen über Tage oder Wochen

anhalten. Für Kommunen bedeutet das: Die Belastung entsteht nicht nur durch einzelne Spitzen, sondern durch ihre Persistenz.

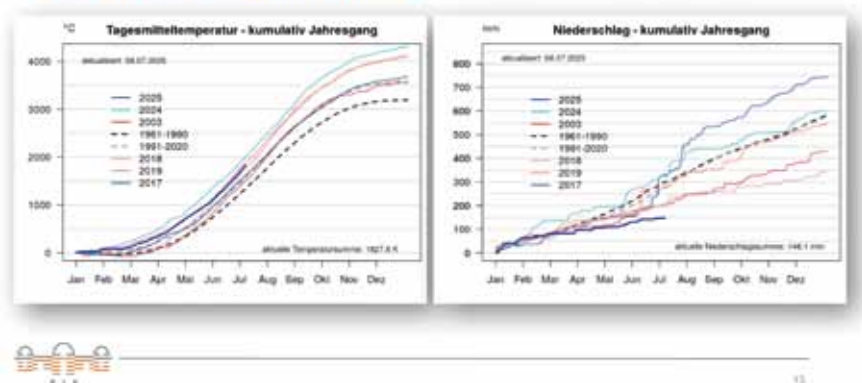
Aus all dem folgt eine klare Erkenntnis: Der Klimawandel intensiviert den Wasserkreislauf. Er bringt mehr Extreme – und zwingt Kommunen und Städte, ihre Strukturen neu zu denken.

Warum die Stadt besonders vulnerabel ist

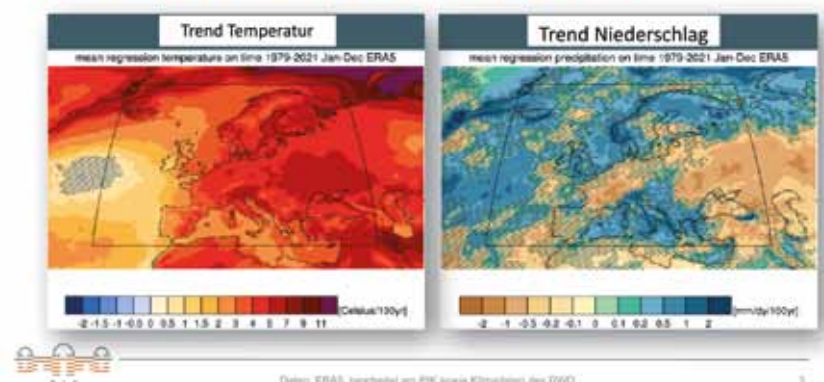
Besonders dicht bebaute Städte verstärken klimatische Effekte durch ihre Bau- und Oberflächenstruktur. Versiegelte Flächen speichern Wärme, dunkle Oberflächen erhöhen das Aufheizen, und fehlende Verdunstung nimmt der Stadt einen der wichtigsten natürlichen Kühlmechanismen. In dicht bebauten Quartieren kommt hinzu, dass Luftaustausch und nächtliche Abkühlung eingeschränkt

sind: Frischluftschneisen fehlen, warme Luft staut sich, und Hitze bleibt länger in den Straßenschluchten. Was tagsüber aufgeheizt wird, wird nachts nur unvollständig abgebaut – die Belastung kumuliert über Tage. Bei Starkregen zeigt sich der strukturelle Nachteil der Stadt ebenso deutlich. Versiegelung verhindert Versickerung, beschleunigt Oberflächenabfluss und konzentriert Wassermengen in kurzer Zeit in Kanälen und Senken. Starkregen trifft dann auf Systeme, die historisch auf andere Niederschlagsregime ausgelegt wurden. Die Folge sind überlastete Entwässerungsnetze, überflutete Unterführungen, volllaufende Keller und Schäden, die sich entlang von Infrastrukturen wie Straßen, Leitungen und Bahntrassen verstärken können. Gleichzeitig fehlt das Wasser in Trockenphasen, die Fähigkeit Wasser im Boden zu halten wäre essentiell – aber die Stadt, wie sie klassisch gebaut wurde und immer noch wird, hat diese Fähigkeit nicht und trocknet schneller aus als das Umland.

Daten der Klimastation Potsdam



Beobachteter Klimawandel in Deutschland



Auszüge aus der Präsentation von Dr. Cornelia Auer (Potsdam Institut für Klimafolgenforschung, Potsdam)



Cornelia Auer diskutiert mit den Sitzungsteilnehmern

Stadtgrün als Anpassungsinfrastruktur

Vor diesem Hintergrund ist mehr Grün in Städten und Kommunen nicht ein „nice to have“, sondern eine zentrale Infrastruktur der Anpassung. Grün wirkt dort, wo technische Systeme an Grenzen stoßen: Es verschattet, kühlt durch Verdunstung, senkt thermischen Stress und kann zugleich Wasser aufnehmen, speichern und verzögert wieder abgeben. Je höher der Grünanteil, desto geringer fällt die Hitzebelastung in der Regel aus. Und der Effekt ist nicht nur klimatisch: Grünräume erhöhen Aufenthaltsqualität, reduzieren Gesundheitsrisiken und schaffen Orte, an denen sich Stadt auch in Hitzeperioden noch nutzen lässt.

Dabei entscheidet nicht nur, ob Grün vorhanden ist, sondern wie es aufgebaut ist. Komplexere Vegetationsstrukturen – das Zusammenspiel aus Bäumen, Strauchschichten und Unterwuchs – regulieren das

Mikroklima stärker als flache, monotone Vegetation. Sie erzeugen mehr Schatten, halten mehr Feuchtigkeit im System, dämpfen Temperaturspitzen und stabilisieren den lokalen Wasserhaushalt. Gleichzeitig gilt: Selbst einfache Begrünung ist gegenüber Asphalt und nackter Versiegelung ein Gewinn. Mehr Struktur erhöht nur die Wirkung.

Besonders deutlich wird diese Logik bei Stadtbäumen. Ein alter Baum ist nicht einfach ein „größerer“ Baum, sondern eine andere Leistungsdimension. Am Beispiel einer Winterlinde wird greifbar: Ein Baum im Alter von etwa 80 Jahren kann ungefähr die zehnfache ökologische Leistung einer 20 Jahre alten Linde erbringen – etwa in Form von Kühlleistung, Transpiration und weiteren Ökosystemleistungen. Daraus folgt eine Priorität, die in der Praxis häufig unterschätzt wird: Bestandsbäume zu schützen und ihre Standortbedingungen zu sichern kann wirksamer sein als Neupflanzkampagnen. Dieser Bestandschutz

ist dabei kein symbolischer Naturschutz, sondern hat weitere Vorteile. Bäume brauchen Bodenraum, Wasser und Luft im Wurzelbereich. Wenn Böden verdichtet oder versiegelt sind, wenn Regenwasser schnell abläuft und der Boden austrocknet, sinkt die Vitalität – und damit auch die Kühlwirkung. Klimaanpassung über Stadtgrün bedeutet deshalb: Entsiegeln, Boden verbessern, Wasser im System halten und Baumarten sowie Pflanzkonzepte so wählen, dass sie unter den zukünftigen Bedingungen bestehen.

Schwammstadt: Regenwasser als Ressource

Damit rückt das Leitbild der Schwammstadt ins Zentrum. Die klassische Stadt behandelte Regenwasser bisher vor allem als Abwasserproblem: möglichst schnell erfassen und ableiten. Die klimaresiliente Stadt dreht diese Logik um. Sie versteht Regenwasser als Ressource und nutzt es dort, wo es fällt: speichern, versickern, verdunsten lassen, verzögert abgeben. Das entlastet Kanäle im Starkregen, stabilisiert den Bodenwasserhaushalt in Trockenphasen und stärkt die Verdunstungskühlung in Hitzeperioden. Statt dass ein überwiegender Teil des Niederschlags die Stadt rasch verlässt, bleibt Wasser als Pufferelement im Quartier wirksam.

In der Umsetzung heißt das: mehr unversiegelte Flächen, mehr Wasserrückhalt im Boden, dezentrale Elemente der Regenwasserbewirtschaftung und eine bewusste Kopplung von Wasserführung und Vegetation. Gerade im dichten Stadtkern, wo Freiflächen knapp sind, gewinnen Dach- und Fassadenbegrünungen an Bedeutung. Sie schaffen zusätzliche Verdunstungsflächen, verschatten Gebäude und können – richtig geplant – Teil eines gestuften Systems sein, in dem Regenwasser aufgefangen, gespeichert und lokal verteilt wird.



Zusammenfassung

Der Klimawandel hat bereits zu einer Intensivierung des Wasserkreislaufs geführt:

- Je wärmer es wird, desto mehr Energie ist in der Atmosphäre, desto häufiger und intensiver werden die Extreme
- Mehr extreme Hochwasser und mehr extreme Dürreperioden
- Unsere Infrastruktur ist nicht mehr an diese Extreme angepasst
- Es gibt deutliche Hinweise darauf, dass wir die Auswirkungen des Klimawandels auf die Extreme unterschätzen

Transformation zur klimaresilienten Stadt

- Integrierte Planung von Wasser- und Grünflächen
- Einbindung von Beteiligten aus Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft, Zivilgesellschaft
- Finanzielle Planung entlang des gesamten Lebenszyklus Fördermöglichkeiten und rechtliche Rahmenbedingungen nutzen



Typologien: Anpassung muss zur Stadtstruktur passen

In der Praxis lohnt es sich, Klimaanpassung nicht als allgemeine „Maßnahmenliste“, sondern als typologiebezogene Transformationsaufgabe zu denken – schon deshalb, weil sich in vielen Städten häufige städtebauliche Grundtypen unterscheiden lassen. Wir wollen hier drei davon vertieft betrachten: Blockbebauung, Zeilenbebauung und historische Kerne. Diese Typologien sind nicht die einzigen, aber sie bündeln typische räumliche Restriktionen und Potenziale so klar, dass sich daraus robuste, gut begründbare Anpassungsstrategien ableiten lassen.

Die Blockbebauung ist meist kompakt, stark versiegelt und durch geschlossene Baukörper geprägt; genau diese Dichte verstärkt den Wärmeinseleffekt, während gleichzeitig nur begrenzt Freiraum für neue Grünstrukturen verfügbar ist. In solchen Quartieren entscheidet daher die Qualität präziser Eingriffe: Verschattung im Straßenraum durch zusätzliche (standort- und klimagerechte) Bäume, Entsiegelung dort, wo Verkehrsräume, Nebenflächen oder Parkstreifen überdimensioniert sind und ggf. durch neue Verkehrskonzepte umgewidmet werden können, sowie eine konsequente Aktivierung der Innenhöfe als kühlende „Innenbereiche“ des Blocks. Dazu gehören Hofbegrünung, die Aufwertung von Remisen- und Nebengebäudestrukturen (inklusive Dachbegrünung auf geeigneten Flachdächern) und – dort, wo Fassaden besonders sonnenexponiert sind – zusätzliche Verschattungselemente. Wichtig ist dabei, dass Maßnahmen nicht unbeabsichtigt die ohnehin kritische Durchlüftung weiter schwächen: Eingriffe sollten so gesetzt werden, dass Luftbewegung und nächtliche Abkühlung nicht zusätzlich behindert werden, sondern Hitzestaus reduziert werden können. Die Zeilenbebauung startet aus einer anderen Ausgangslage: Sie ist häufig lockerer gebaut, verfügt über größere Zwischenräume und oft über einen höheren Anteil an Grün- und Freiflächen. Dadurch besteht mehr Spielraum, klimaorientierte Maßnahmen im Freiraum

zu verankern – der Engpass liegt hier weniger in der Flächenknappheit, sondern in der Qualität der Zwischenräume. Stark besonnte Freiflächen heizen sich ohne Verschattung schnell auf; zugleich ist die Durchlüftung zwischen den Baukörpern eine zentrale Ressource, die erhalten bleiben muss. Typologisch passende Antworten sind daher ein abgestimmtes Zusammenspiel aus Dachbegrünung, gezielter Verschattung von Freiflächen und Fassaden (insbesondere an Süd- und Westseiten), sowie dem bewussten Freihalten von Windachsen. In dieser Typologie lässt sich Klimaanpassung besonders gut als „kühle Infrastruktur“ operationalisieren: schattige Wege, baumbestandene Aufenthaltsbereiche und punktuelle Retentions- oder Wasserelemente, die bei Starkregen entlasten und in Hitzephasen mikroklimatisch wirksam werden – gerade weil Zeilenquartiere häufig große Wohnbevölkerungen beherbergen und Hitzebelastung hier rasch gesundheitlich relevant wird.

Der historische Stadtkern ist schließlich eine besonders anspruchsvolle Typologie, weil Dichte und Versiegelung hoch sind, der öffentliche Raum eng und die bauliche Substanz häufig durch Denkmalschutz oder Gestaltungsvorgaben gebunden ist. Klassische großflächige Begrünungsmaßnahmen sind hier oft nur eingeschränkt möglich; umso wichtiger werden präzise, ortsbildverträgliche Lösungen. Während steile Hauptdächer häufig nur mit hohem Aufwand begrünt werden können, bieten Anbauten, Nebengebäude und rückwärtige Dachflächen in Innenhöfen oft praktikablere Ansatzpunkte. Vor allem rückt die vertikale Ebene in den Vordergrund: Schon kleine Pflanzbereiche können ausreichen, um thermisch stark belastete Süd- und Westfassaden mit Kletterpflanzen zu begrünen und so Verschattung und Kühlung in engen Gassen und Hinterhöfen zu erzeugen – also dort, wo wenig Raum vorhanden ist, die Hitzebelastung aber besonders stark spürbar wird. Ergänzend gewinnt der öffentliche Raum als sozialer Hitzeschutz an Bedeutung: Plätze und Wegeverbindungen profitieren von Verschattung (Bäume, wo möglich, oder alternativ geeignete

verschattende Elemente) sowie von einer Verkehrs- und Parkraumordnung, die die wenigen klimatisch wertvollen Flächen nicht zusätzlich belastet.

Diese typologische Sichtweise ist kein Selbstzweck. Sie hilft vielmehr, Klimaanpassung so zu planen, dass sie unter realen städtebaulichen Bedingungen wirkt: nicht generisch, sondern standortbezogen – und damit wissenschaftlich begründet, planerisch anschlussfähig und langfristig umsetzbar.

Planung, Lebenszyklus, Verantwortung

All diese Ansätze haben einen gemeinsamen Kern: Sie funktionieren nur, wenn sie als dauerhafte Infrastruktur verstanden werden. Klimaresiliente Stadtgestaltung ist keine einmalige Bauaufgabe, sondern eine Lebenszyklusaufgabe. Sie braucht Planung, Koordination und verlässliche Zuständigkeiten über Jahre hinweg – inklusive Pflege, Betrieb und Erneuerung. Außerdem sind viele Akteure beteiligt: Verwaltung, Eigentümer*innen, Wohnungswirtschaft, Versorger, Planung, Zivilgesellschaft. Je komplexer die Stadt, desto wichtiger wird ein gemeinsames Zielbild, das Maßnahmen nicht addiert, sondern verzahnt. Am Ende steht eine einfache, aber anspruchsvolle Botschaft: Kommunen und Städte müssen sich auf mehr Extreme einstellen, das Bedarf Anpassungsmaßnahmen für mehr Trockenheit und aber auch Starkregen. Der Weg dorthin führt nicht über isolierte Einzelmaßnahmen, sondern über ein integriertes Verständnis von Wasser und Grün als gekoppelte Systeme. Wo Regenwasser im Stadtraum gehalten, Böden entsiegelt, Bestandsbäume geschützt und Vegetationsstrukturen aufgebaut werden, entsteht eine Stadt, die sich besser kühlt, Wasser effizienter nutzt und Extremereignisse besser abfedert. Genau darin liegt der Kern klimaresilienter Stadtentwicklung: die bewusste Gestaltung von Strukturen, die unter neuen klimatischen Bedingungen funktionieren – technisch, ökologisch und sozial.



Auszüge aus der Präsentation von Dr. Cornelia Auer (Potsdam Institut für Klimafolgenforschung, Potsdam)



Marie Luise Glahr stellt das Programm „Potsdam gießt..“ der Bürgerstiftung Potsdam vor.



Luise Schubert (EWP Potsdam) im Gespräch mit Sitzungsteilnehmern



Die Teilnehmer der Fish-Bowl-Diskussion am 1.10.2025



Im Beitrag von Luise Schubert wird die Wasserversorgung Potsdams dargestellt.



Luise Schubert weist auf die kritischen Perspektiven der Wasserversorgung Potsdams hin.

Hohe Dringlichkeit und bürgerschaftliches Engagement für den klimagerechten Umbau Potsdams!

Empfehlungen der Kerngruppe zur 82. Sitzung

Die Bewältigung des menschengemachten Klimawandels stellt auch Potsdam im Bereich Grün und Wasser vor große Probleme. Das beweisen die aktuellen Fakten und Zahlen der Stadt wie etwa der Baumschutzbericht, der eine Halbierung des gegenwärtigen Altbaubestands in 10 Jahren prognostiziert. Mindestens ebenso herausfordernd ist die Lage in Bezug auf den Potsdamer Wasserhaushalt, der durch Senkung des Grundwasserspiegels d.h. durch Trockenfallen von

Seen und Fließgewässern sowie durch Zunahme des Trinkwasser-Spitzenbedarfs geprägt ist.

Die Stadt ist sich des Ernsts der Lage bewusst und hat bereits wichtige Schritte in Bezug auf den herausfordernden Transformationsprozess eingeleitet. Der Kommunale Immobilienservice hat neue Standards der Freiflächenbewirtschaftung und -bepflanzung z.B. mit trockenheitsresistenten Pflanzen und mit Gründächern

eingeführt, das Prinzip der Schwammstadt, also einer Stadt, die das auf ihrer Fläche anfallende Regenwasser speichert und nicht länger ableitet, ist auch für den Umbau der Potsdamer Freiflächen zur Maxime geworden und schlägt sich im neuen Stadtteil Krampnitz in Form eines innovativen Wasser- und Grünkonzepts nieder.

Die Krisen werden sich jedoch weiter zuspitzen – das hat der Bericht von Cornelia Auer (PIK Potsdam) gezeigt. Im Finanzhaushalt der Stadt fehlen erhebliche Mittel für die Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen und für die notwendige Vorsorge. Die Einwerbung von Fördermitteln war bis jetzt erfolgreich, führt aber nur zu punktuellen Verbesserungen. Nachhaltig ist die Stärkung des Bürgerengagements, wie das erfolgreiche Programm „Potsdam gießt“ der Bürgerstiftung Potsdam zeigt. Nur mit mehr Innovationswillen und Experimentierfreudigkeit z.B. beim Einsatz von Grauwasser, bei der Trinkwassersubstitution im Wohnbereich oder bei der Flächenentsiegelung wird es gelingen, die Herausforderungen zu meistern. Sonst wird der schon vor Jahren für Potsdam proklamierte Klimanotstand dramatische Realität!

Für die Kerngruppe
Dr. Günter Schlusche

Hitzesommer und ihre Folgen



Hitzesommer nehmen zu – auch in Potsdam

Temperaturrekorde
20. Juli 2022: 38,9°C
2024: 60 Tage über 20°C Tagestemperatur



Trockenperioden
z.T. mehrere Wochen mit extrem wenig Niederschlag
(anhaltende Spitzenförderung)



Zunahme Spitzenverbrauchstage
2021 erstmals über 50.000 m³/d



Gartenbewässerung
& Pools



Niedrige Grundwasserstände



Trinkwasser ist selbstverständlich – aber nicht unbegrenzt

Energie und Wasser Potsdam GmbH | Luise Schubert | 82. STADT FORUM POTSDAM | 1. Oktober 2025

Kennzahlen Versorgungsgebiet



- Wasserversorgung für Potsdam und Umlandgemeinden (Gemeinde Schwielowsee, WMA)
- ca. 215.000 versorgte Einwohner inkl. Umland
- ca. 1.600 Wasseranalysen pro Jahr
- Netzeinspeisung ca. 11,0 Mio m³/Jahr
- ca. 1.000 km TW-Leitungsnetz
- 3 Hochbehälter mit insgesamt ca. 34.000 m³

Kennzahlen Abwasserentsorgung



- Abwasserentsorgung für Potsdam und Umlandgemeinden (Gemeinde Schwielowsee, WMA, Seeburg)
- 2 eigene KA (Nord und Sattkorn), Überleitung Groß Glienicke zur KA Ruhleben (BWB), Überleitung Potsdam Süd zur KA Stahnsdorf (BWB)
- Jährliches Abwasseraufkommen ca. 11 Mio. m³
- ca. 920 km AW-Leitungsnetz mit 133 Pumpwerken

Wo liegen die konkreten Herausforderungen?



Wir stehen am Wendepunkt – es liegt bei uns allen



83. Sitzung am 11.12.2025

Zwischen Sparzwang und Sondervermögen – Finanzielle Prioritäten für Potsdams Zukunft

Leitgedanken der Kerngruppe

Erst nach intensiven Diskussionen konnte die Stadtverordnetenversammlung Potsdam (StVV) am 7. April 2025 den städtischen Haushalt für das Jahr 2025 beschließen. Dieser Haushalt sieht deutlich weniger Einsparungen in den Bereichen Soziales, Jugend und Kultur vor als im ursprünglichen Entwurf der Stadtverwaltung vom Januar 2025 vorgesehen. Die ursprünglich vorgelegte Sparliste, die 180 Punkte umfasste, wurde von mehreren Fraktionen in der StVV stark kritisiert, da sie den „sozialen Zusammenhalt gefährden“ würde. In Abweichung vom ursprünglichen Entwurf wurden zahlreiche Einschnitte vermieden und u.a. das verbilligte

Schülerticket, die Förderung kultureller Einrichtungen wie des Hans-Otto-Theaters, der Stadtbibliothek und der Volkshochschule sowie Mittel für Baumpflanzungen und Grünflächenpflege erhalten. Nicht vermieden werden konnte, dass Steuern und Abgaben, z.B. die Übernachtungs- und die Gewerbesteuer, erhöht wurden. Insbesondere aber sollen geplante Aufwüchse bei den städtischen Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen reduziert werden. Trotz der engen finanziellen Situation sollen die notwendigen Transformationsprozesse wie die Energie- und Wärmewende, die Digitalisierung sowie die Verkehrswende weitergeführt werden.

Die kommunale Finanzkrise

Die bei vielen anderen Kommunen seit längerem schon manifeste kommunale Finanzkrise hat offensichtlich nun auch die Landeshauptstadt Potsdam erfasst, die durch ihre vielfältige Wirtschaftsstruktur, durch eine gute Infrastrukturausstattung sowie durch das vergleichsweise hohe Einkommen ihrer Bürger in den Jahren 2013 bis 2020 beträchtliche Rücklagen aufbauen konnte. Damit wird es notwendig, einen weitergefassten Blick auf die finanzielle Situation der deutschen Kommunen und die Struktur der Kommunalfinanzierung zu werfen.



Die Nutzer des Rechenzentrums werden auf der Sitzung von Anja Engel vertreten

„Die kommunalen Haushalte kollabieren gerade.“

Burkhard Jung, OB Leipzig und Präsident des Deutschen Städtetages, Sept. 2025

Nach Einschätzung der Bertelsmann-Stiftung ist die Finanzlage vieler deutscher Kommunen im Jahr 2024 aus mehreren Gründen eingebrochen. Im Kommunalen Finanzreport 2025 der Bertelsmann-Stiftung wird für die finanzielle Situation der Kommunen im Jahr 2024 ein Rekorddefizit von 24,8 Milliarden Euro ermittelt, das es seit 1990 nicht mehr gegeben hat. Die kommunalen Steuereinnahmen stagnieren v.a. aufgrund der schwachen Konjunktur. Gleichzeitig wachsen aufgrund von Entscheidungen auf Bundesebene wichtige kommunale Aufgabenfelder wie die Sozialausgaben, aber auch die Personalkosten. Die Anpassung an die Folgen des Klimawandels erfordert den Aus- und Umbau der kommunalen Infrastrukturen.



Die Moderatorin Karin Flegel bei ihrer Einführung zur 83. Sitzung



Dirk Harder (rechts) und Christopher Weiß in der Diskussion

Trotz gestiegener kommunaler Investitionen wächst der Investitionsstau bei Schulen, Kindertagesstätten sowie bei der kommunalen Verkehrsinfrastruktur etc. stetig an. (Deutscher Städtetag, Pressemeldung v. 16.9.2025).

„Wir können von strukturell unterfinanzierten Kommunen sprechen.“

Kommunaler Finanzreport der Bertelsmann-Stiftung, S. 78)

Die Unterfinanzierung der Kommunen betrifft v.a. die Ausgaben für Kinder- und Jugendhilfe sowie die Eingliederung von Menschen mit Behinderung. Ebenfalls betroffen sind der kommunale ÖPNV (zusätzliche Kosten des Deutschlandtickets) sowie die kommunalen Krankenhäuser. Nach Meinung von Frank Nopper (OB Stuttgart) muss der Bund zukünftig bei allen Leistungen, die er vorschreibt, dafür sorgen, dass die Kommunen, die diese Leistungen auszahlen, auch die nötigen Finanzmittel erhalten. Bei bereits versprochenen Sozialleistungen müsse dies nachgeholt werden

Die Gewerkschaft ver.di und der Deutsche Städte- und Gemeindebund fordern konkret, den Anteil der Kommunen an den Gemeinschaftssteuern zu erhöhen und die Milliarden aus dem neuen Investitionsfonds schnell und unkompliziert zur Verfügung zu stellen. Für das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse dürften sich die Unterschiede zwischen finanzschwachen und -starken Kommunen nicht verschärfen: Aufgaben aus Gesetzen des Bundes seien vom Bund zu bezahlen (Verdi-Presseerklärung v. 14.5.25). Gefordert wird:

- Eine Entlastung der Städte bei den stetig ansteigenden Sozialkosten, die größtenteils vom Bund veranlasst werden
- Eine Neuordnung der staatlichen Aufgaben, die die Städte entlastet
- Eine Entbürokratisierung und Digitalisierung bei den an die Kommunen übertragenen Aufgaben

„Uns brennt der Kittel.“

Frank Nopper (OB von Stuttgart) in einem Brandbrief der Oberbürgermeister von 13 Bundeshauptstädten an Bundeskanzler Merz, Mitte Oktober 2025

Die zukünftigen Herausforderungen im Kommunalbereich liegen zum einen im Sozialsektor, zum anderen im Sektor Klimaschutz und Klimaanpassung. Die Bewältigung dieser Zukunftsaufgaben wird erschwert dadurch, dass sich in den vergangenen Jahren im Kommunalbereich ein umfangreicher Investitionsstau aufgebaut hat, dessen Volumen auf ca. 216 Mrd. € geschätzt (Kommunaler Finanzreport 2025).

Für die Finanzierung der anstehenden Aufgaben gibt es nach Einschätzung des Kommunalen Finanzreports folgende Optionen:

- Der von der Bundesregierung eingerichtete Klima- und Transformationsfonds, der durch ein Sondervermögen Kommunale Infrastruktur um 100 Mrd. € aufgestockt wird.
- Ebenfalls erwogen wird die Einführung einer „Gemeinschaftsaufgabe kommunale Infrastruktur“, bei der nicht nur der Bund allein, sondern Bund, Länder und Kommunen gemeinsam entscheiden.

- Eine weitere Option wäre die Reform der den Kommunen zukommenden Steuern, etwa eine Reform der Gewerbesteuer, der wichtigsten Gemeindesteuer. Auch zur Diskussion steht eine Neuaufteilung der Gemeinschaftssteuern (Einkommensteuer, Kapitalsteuer und Umsatzsteuer), deren Aufteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen bereits in den vergangenen Jahren immer wieder geändert wurde.
- Schließlich ist auch eine Unterstützung der Kommunen im Gespräch, deren Haushalte besonders durch Altschulden belastet wird.

Der Kommunalhaushalt Potsdams

Der nun beschlossene Kommunalhaushalt 2025 (s. Übersicht auf S. 5) hat ein Volumen von ca. 1,1 Milliarden €. Zwischen erwartetem Ertrag und erwartetem Aufwand für 2025 klappt ein Defizit von 31 Mio €. Ein Großteil der im Haushaltsplan 2025 vorgesehenen Investitionen geht an das Ernst-von-Behring-Klinikum und in den Straßenbau. Für die Jahre 2026 und 2027 ist mit nennenswerten Verlusten zu rechnen, die auch durch reduzierte Schlüsselzuweisungen verursacht werden. Der Kämmerer Burkhard Exner rechnet für 2026 mit einem Gesamtdefizit von 44 Mio. €, das nur durch Rücklagen ausgeglichen werden kann. Zudem stehen für die Folgejahre Mindereinnahmen bevor, für die bisher noch kein belastbarer Ausgleich gefunden werden konnte. Daher wurde von der StVV für die Folgejahre 2026 und 2027 ein freiwilliges Konsolidierungsprogramm beschlossen, bei dessen Umsetzung ab 2028 mit einem ausgeglichenen Kommunalhaushalt gerechnet werden kann.



Katharina Erbeltinger (StVV Potsdam) berichtet über die Haushaltsverhandlungen 2025.



Eva Wieczorek und Sven Till am 11.12.25 in der Diskussion

„Ein Sparzwang bei Kultur, Sport und Sozialem ist ausdrücklich nicht unser Ziel.“

Burkhard Exner, Finanzbeigeordneter

Der auf Potsdam entfallende Anteil an den Gemeinschaftssteuern (Einkommensteuer und Umsatzsteuer) ist in den vergangenen Jahren gleichgeblieben. Die Entwicklung der Gewerbesteuer – die Gewerbesteuer macht fast 50 % der Potsdamer Steuereinnahmen aus – ist in den letzten Jahren positiv verlaufen. Allerdings ist die Gewerbesteuer für Potsdam in den vergangenen Jahren beträchtlich erhöht worden. Die langfristigen Schulden der Stadt Potsdam sind hingegen zurückgegangen. Im Jahr 2025 betrug der Schuldenstand pro Kopf 241,30 € (ohne Kommunalen Immobilienservice), für das Jahr 2028 wird ein Schuldenstand von 173,96 € pro Kopf angestrebt. Dies wird nur möglich, weil die Stadt Rücklagen in Anspruch nimmt, die vor längerem gebildet wurden.

Wie in anderen Städten ist es bereits in den Vorjahren immer wieder zu öffentlichen Debatten über machbare Einsparpotentiale bzw. über Prioritäten bei möglichen Einsparungen gekommen. Diese Diskussion konzentrieren sich meist auf die freiwilligen Ausgaben im Kommunalhaushalt, also auf diejenigen Ausgaben, zu denen die Stadt nicht gesetzlich verpflichtet ist. Debatten um Kürzungen der freiwilligen Aufgaben im Bereich Kultur sind in Potsdam nicht neu. Im April 2020 wurde in Potsdam die Initiative KulturMachtPotsdam ins Leben gerufen mit dem Ziel, die gesellschaftliche Bedeutung von Kunst und Kultur sichtbar zu machen. Mit dem gemeinsamen Engagement der hier zusammengeschlosse-



Hermann Voesgen und Agnes v. Matuschka auf dem Podium

nen Akteure sollen drohende Kürzungen der Kulturmittel und Einschnitte für die kulturelle Vielfalt in der Stadt abgemildert bzw. vermieden werden. Der Kulturhaushalt spielt in Potsdamer Haushalt eine besondere Rolle, da Potsdam auch durch seine Rolle als Landeshauptstadt über einige kommunale Kultureinrichtungen verfügt, deren Strahlkraft weit über Potsdam hinausgeht. Dazu gehören beispielsweise das Hans-Otto-Theater und die Musikfestspiele Sanssouci und Nikolaisaal Potsdam, die beide als gemeinnützige GmbHS vollständig aus dem Kommunalhaushalt finanziert werden.

In diesem Zusammenhang spielt auch die neue kulturpolitischen Strategie für Potsdam eine wichtige Rolle, die 2024 von einem Team unter der Leitung von Prof. Dr. Julia Glesner von der Fachhochschule Potsdam, begleitet von einem Strategiebeirat u.a. mit Mitgliedern des Kulturausschusses vorgelegt wurde. Ihr Ziel ist u.a. eine stärkere Kooperation der institutionelle Kulturträger, aber auch der freien Gruppen v.a. im Hinblick auf eine höhere Resistenz gegen Kürzungsinitiativen



Die Teilnehmer der Fishbowl-Diskussion (v.l.n.r.): H. Voesgen, A. v. Matuschka, R. Lucas, K. Flegel, U. Rühling, C. Weiß



Der Beigeordnete Burkhard Exner erläutert die Strukturen des städtischen Haushalts.

Fragen für die Diskussion:

1. Wie können der Stadtgesellschaft Einschnitte und Wegfall von Leistungen vermittelt werden?
2. Wie kann in einer vielfältigen Stadtgesellschaft und bei einer in neun Fraktionen geteilten Stadtverordnetenversammlung ein Prozess hin zur Entwicklung einer strategischen Prioritätensetzung aussehen?
3. Wie können notwendige Strukturreformen innerhalb der Verwaltung gelingen, wenn es am notwendigen Personal fehlt?
4. Gibt es neben den in Potsdam bereits praktizierten Steuererhöhungen (z.B. erneute Erhöhung der in

Potsdam schon recht hohen Gewerbesteuer und der Übernachtungssteuer) noch weitere Möglichkeiten zu Verbesserungen bei den Einnahmen?

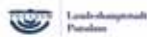
5. Wie kann Effizienz und Bürokratieabbau helfen, auch bei freiwilligen Leistungen in den Bereichen Kultur und Soziales zum Erhalt der Vielfalt beizutragen?
6. Was kann Potsdam als Landeshauptstadt tun, um zu grundsätzlichen Änderungen der Kommunalfinanzen beizutragen?

Für die Kerngruppe
Günter Schlusche

Quellen:

Stadtverwaltung Potsdam, Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Anlagen für das Haushaltsjahr 2025
Stadtverwaltung Potsdam, Haushalt – Wo die Stadt Geld einsetzt und wie Sie dabei mitreden können. Broschüre Projektteam Bürgerhaushalt, Potsdam Mai 2025
Stadtverwaltung Potsdam, Pressemitteilung Nr. 23 v. 20.1.2025, Pressemitteilung Nr. 144 v. 8.4.2025
Gemeinsame Presseerklärung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und der Verdi-Gewerkschaft zur kommunalen Finanzsituation v. 14.5.2025
Interview mit Frank Nopper (Oberbürgermeister von Stuttgart) im Tagesspiegel v. 30.10.25
Ronny Freier/René Geißler/Christian Raffer/Henrik Scheller für die Bertelsmann-Stiftung, (Hsg.), Kommunalen Finanzreport 2025 – Knappe Kassen, große Aufgaben; Gütersloh 2025

Aktuelle Entwicklung: Kommunales Defizit Am Beispiel Potsdam (in Mio. EUR)



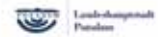
hier: Soziale Hilfen Potsdam (PB 31-35)

IST 22	Plan 2023	IST 2023	2024 (Plan ist)	2025 (Plan ist)	2026 (Plan ist)
-53,58	-56,76	-63,40	-61,96	-64,82	-65,86

hier: Kinder-, Jugend – und Familienhilfe (PB 36)

IST 22	Plan 2023	IST 2023	2024 (Plan ist)	2025 (Plan ist)	2026 (Plan ist)
-155,89	-161,48	-176,1	-171,55	-207,92	-209,64

Wo kommen die allgemeinen kommunalen Finanzmittel her?



Steueraufkommen 2025	Plan 2025	allgemeine Zuweisungen	Plan 2025
Grundsteuer	24.706.000	Schlüsselaufweisungen vom Land*	301.227.000
Gewerbesteuer (brutto)	143.519.500	Familienleistungsausgleich*	13.791.000
Gewerbesteuer-umlage	-9.600.000	Zuweisungen als Ausgleich übertragener Aufgaben*	14.979.000
Gewerbesteuer (netto)	133.919.500	Schuldenlastenausgleich*	10.000.800
Einkommensteuer (GA)	112.000.000	Leistungen Sonderbedarf § 15 FAG**	6.651.000
Umsatzsteuer (GA)	20.200.000	Jugendhilfelausgleich*	1.350.000
sonstige Steuern	7.430.000		
Summe (EUR)	298.255.500	Summe (EUR)	247.998.600

11.12.2025 83. Sitzung des Stadt Forums
Potsdam

6

Geschäftsbereich 1 - Finanzen, Investitionen und Controlling

11.12.2025 83. Sitzung des Stadt Forums
Potsdam

7

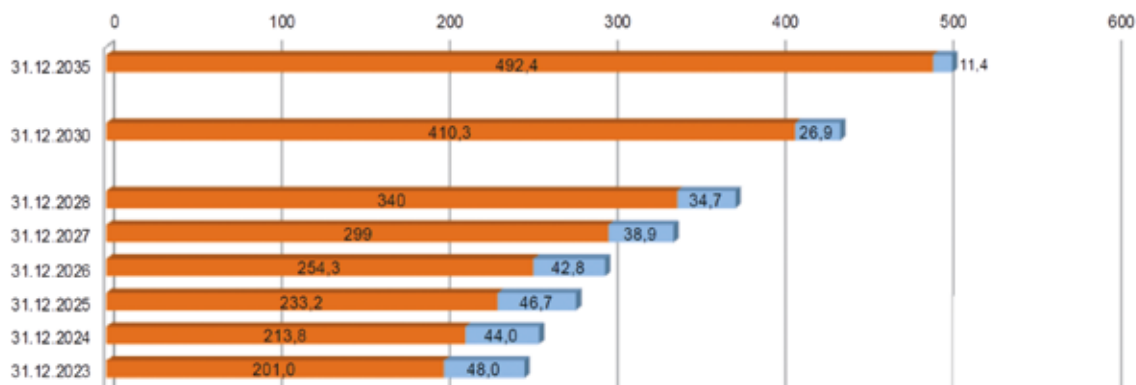
Geschäftsbereich 1 - Finanzen, Investitionen und Controlling

Schuldenstand des KIS und der LHP



Landeshauptstadt
Potsdam

1.6.3. Schuldenstand (langfristige Schulden) der Landeshauptstadt Potsdam und des Eigenbetriebes Kommunalen Immobilien Service per 31.12.2015 bis 31.12.2035 in Mio. EUR



■ Schuldenstand des Eigenbetriebes Kommunalen Immobilien Service ■ Schuldenstand der Landeshauptstadt Potsdam aus Kommunalanleihen

(Quelle: Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Anlagen für das Haushaltsjahr 2025, Band 1)

11.12.2025 83. Sitzung des Stadt Forums
Potsdam

10

Geschäftsbereich 1 - Finanzen, Investitionen und Controlling

Termin: Donnerstag, 11.12.2025, 18 Uhr bis ca. 21 Uhr
Ort: Rechenzentrum, Kosmos Veranstaltungssaal, EG, Dortustr. 46, 14467 Potsdam
Thema: Zwischen Sparzwang und Sondervermögen – Finanzielle Prioritäten für Potsdams Zukunft

Begrüßung Prof. Karin Flegel (Moderation)

Einführung Burkhard Exner (Beigeordneter für Finanzen, Investitionen und Controlling, Stadtverwaltung Potsdam)

Beitrag Kommunal финанzen in der Krise – Ursachen und Reformvorschläge
 Dr. Henrik Scheller (Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin)

Kommentar Katharina Erbdinger (Stadtverordnetenversammlung Potsdam, Vorsitzende Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen)

Diskussion

Pause

Fishbowl-Diskussion zum Thema „Finanz-Perspektiven für Potsdam“ mit Kurzbeiträgen von:
 Robert Lucas (Mit-Organisator KulturMachtPotsdam)
 Agnes von Matuschka (GF Potsdam Science Park, Potsdam)
 Uwe Rühling (Sprecher Potential für Potsdam)
 Christopher Weiss (GF Glockenweiß GmbH Berlin/Potsdam)
 Prof. Dr. Hermann Voesgen (STADT FORUM POTSDAM)

Anschließend Öffnung der Diskussion mit Fachleuten und Beteiligten aus dem Publikum



Der Beigeordnete Burkhard Exner am 11.12.2025 in der Diskussion



Auszüge aus der Präsentation von Burkhard Exner (Beigeordneter)

Kommunale Finanz- und Haushaltslage – Drama ohne Ende oder Chance für eine Neuordnung?

Henrik Scheller

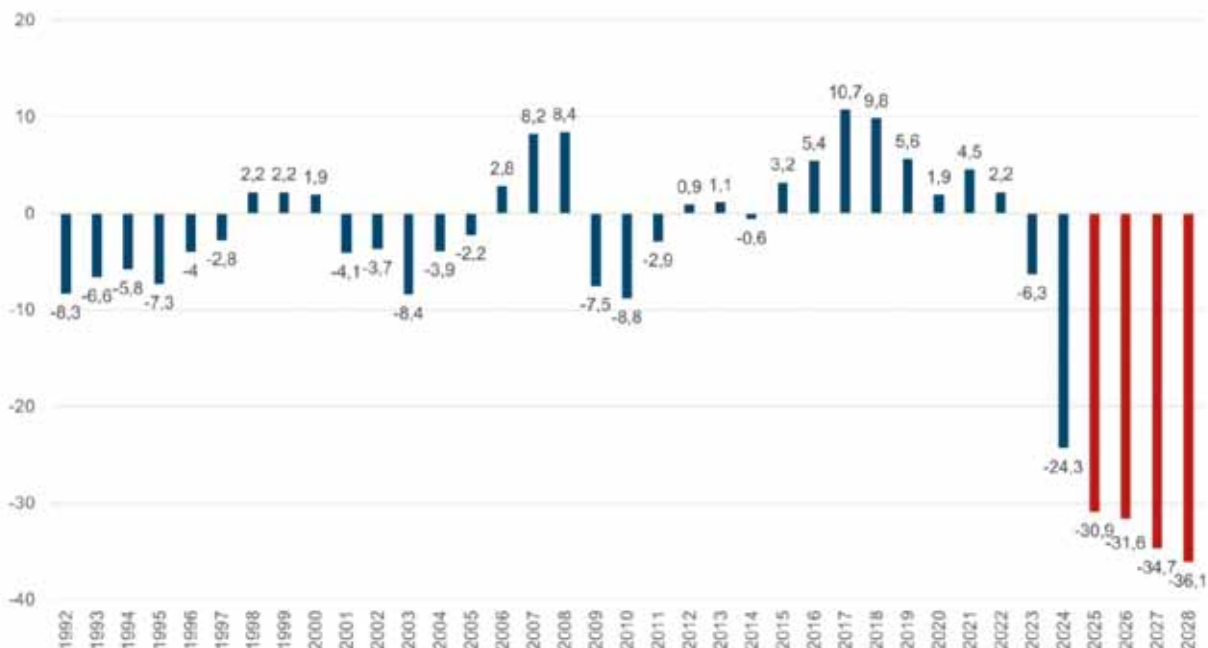
Die Finanz- und Hauspolitik von Kommunen kommt ohne eine gewisse Theatralik nicht aus. Dies gilt für das Haushaltsverfahren im Kleinen vor Ort genauso wie für die Finanz- und Haushaltslage der Kommunen in der Gesamtschau. So haben Stadt- und Gemeinderäte sowie Kämmerereien immer abzuwägen, welche Pflichtaufgaben sie finanzieren müssen und welche freiwilligen Aufgaben sie darüber hinaus überhaupt noch finanzieren können. Es geht mithin immer um einen Ausgleich widerstreitender Interessen vor Ort. Mit Blick auf die kommunale Ebene insgesamt dürften sich die Jahre 2025 und 2026 in der historischen Rückschau als ein Drama ohne gleichen darstellen.

Denn nach den finanzwirtschaftlichen Verwerfungen der vergangenen Jahre – ausgehend von den Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2009, der Flüchtlingskrise 2015/2016, der Corona-Pandemie 2020/2021 und des Ukraine-Krieges 2022 – schien eine weitere Steigerung der Krisendramatik kaum vorstellbar. Bereits im

Jahr 2024 erreichten die Kommunen in ihren Kernhaushalt (also ohne ihre Auslagerungen und Beteiligungen) ein Finanzierungsdefizit in Höhe von -24,3 Mrd. Euro. Im Jahr 2025 dürfte noch ein weiterer Negativrekord mit rund 30 Mrd. Euro Defizit erreicht werden und damit den Ausgangspunkt für eine finanz- und haushaltspolitische Stagnationsphase markieren. Nicht umsonst haben sich die Einschätzungen der Kommunen zu ihrer gegenwärtigen und zukünftigen Finanz- und Haushaltslage noch einmal massiv verschlechtert (Raffer et al. 2025). Das für 2024 ausgewiesene Finanzierungsdefizit veranlasste den vormaligen Präsidenten des Deutschen Städtetages im Mai 2025 gar zu der Feststellung, dass sich die Kommunen in der „schlimmsten Finanzkrise seit Bestehen der Bundesrepublik“ befänden. In der Tat handelt es sich bei diesem Finanzierungsdefizit der Kommunen sowohl nominal um die höchste Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben seit der deutschen Wiedervereinigung als auch relational um den höchsten Anstieg im Vorjahresvergleich seit 1991.

Auch die Steuerschätzung vermag – angesichts der schwachen Wirtschaftsentwicklung im dritten Jahr in Folge – kaum positive Gegenakzente zu setzen. Denn für Städte, Landkreise und Gemeinden wird im Jahr 2025 nur noch eine Steigerung der Steuereinnahmen um 1,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr erwartet. Bund und Länder weisen demgegenüber mit 3,8 bzw. 3,2 Prozent zumindest noch mehr als doppelt so hohe Steigerungsraten aus – selbst, wenn auch hier die Einnahmenezuwächse spürbar geringer ausfallen werden als noch in den vorherigen Schätzungen prognostiziert. Auch die Projektionen zur wirtschaftlichen und fiskalischen Entwicklung der kommenden Jahre bis 2029 fallen derzeit düster aus, da allenfalls von moderaten Einnahmenezuwächsen ausgegangen werden kann. Nicht nur für Bund und Länder, sondern vor allem auch für die Kommunen werden deshalb schmerzhaft Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung in den kommenden Jahren wieder auf der Tagesordnung stehen. Damit sind entsprechende Folgen vorprogrammiert: neben

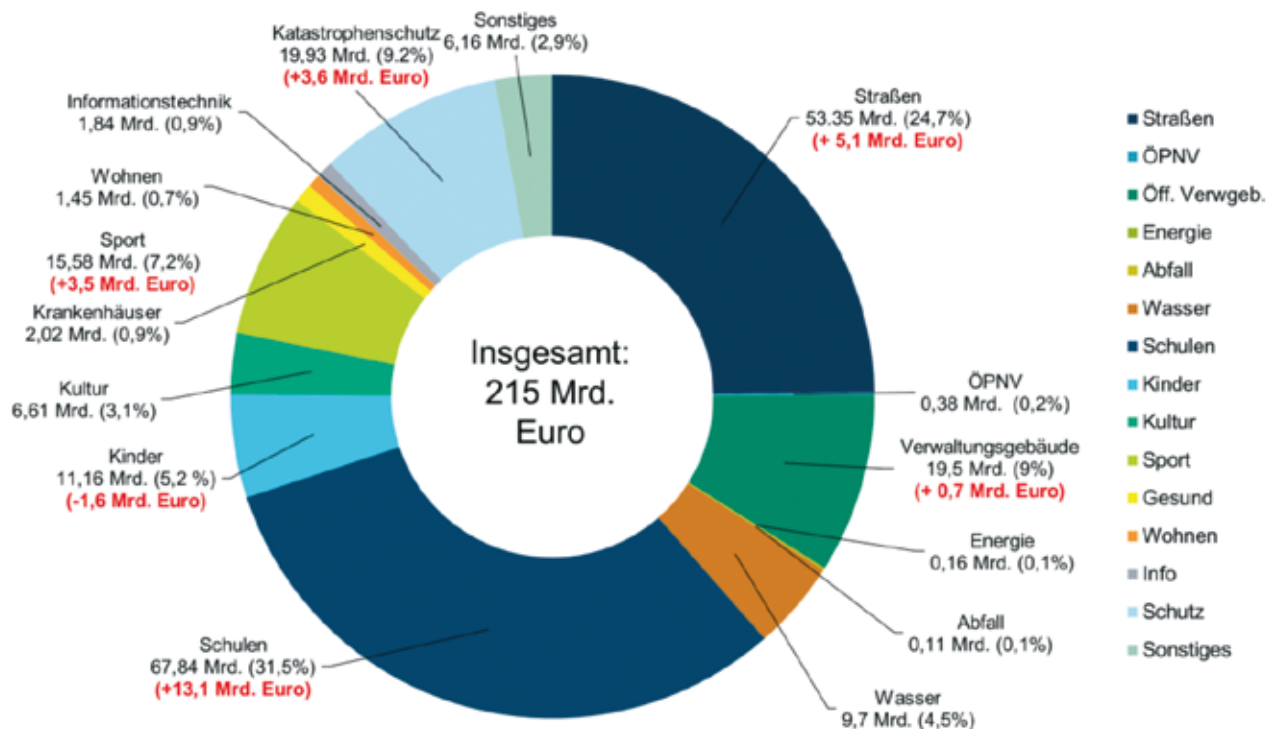
Finanznot: Finanzierungssalden der Kommunen Kernhaushalte, 1992 – 2028



Daten: Destatis, amtliche Kassenstatistik Gemeinden und Gemeindeverbände; ab 2025: Prognose der kommunalen Spitzenverbände

Wahrgenommener Investitionsrückstand

Gesamt: 215,7 Mrd. Euro (Anstieg um 29,6 Mrd. Euro bzw. 15,9 % im Vergleich zum Vorjahr)



Quelle: KfW-Kommunalpanel 2025, durchgeführt vom Difu Jan. bis März 2025.

difu
Deutsches Institut
für Urbanistik

einem Anstieg der Verschuldung sowohl bei den Investitions- und Kassenkrediten, der bereits im Jahr 2024 wiedereingesetzt hat, dürften auch massive Einschnitte bei Investitions- und Sachausgaben sowie Personaleinsparungen erforderlich werden. Vor allem der Bestand an freiwilligen Aufgaben wird – wie so häufig in solchen Phasen – besonders betroffen sein. So müssen dann beispielsweise oft Leistungen der Wirtschaftsförderung oder Sport- und Kulturangebote sowie die Unterstützung der Zivilgesellschaft – sei es durch kleinere Finanzzuweisungen für Vereine, Frauenhäuser oder kulturelle Veranstaltungen etc. – gestrichen werden.

Nicht umsonst nennen die Oberbürgermeister und Bürgermeister der deutschen Städte in dem vom Difu durchgeführten „OB-Barometer 2025“ mit 70 Prozent den Bereich „Finanzen“ als das Thema, bei dem derzeit der meiste Handlungsbedarf steht – gefolgt von den Themen „Wohnen“ (35 Prozent) sowie „Unterbringung und Integration Geflüchteter“ (35 Prozent). Erst mit Abstand folgen die Themen „Klimaschutz“ (30 Pro-

zent), „Wirtschaft“ (26 Prozent) und „Bildung“ (25 Prozent). Auch die Einschätzungen der Kammereien zur Entwicklung der Finanz- und Haushaltslage des kommenden Jahres und der nächsten fünf Jahre haben sich massiv eingetrübt. So erwarten 30 bzw. 44 Prozent der Kommunen, dass sich ihre Finanzsituation in diesem Jahr bzw. in den nächsten fünf Jahren „sehr nachteilig“ entwickeln wird. Hinzu kommen noch 54 bzw. 47 Prozent, die von einer „eher nachteiligen“ Entwicklung ausgehen.

Auch aufgrund der Dramatik der kommunalen Haushaltswirtschaft, die sich in der amtlichen Finanz- und Kassenstatistik widerspiegelt, wurden in den vergangenen Monaten aber bereits erste politische Gegenmaßnahmen eingeleitet. So verabschiedeten Bundestag und Bundesrat beispielsweise noch vor dem Regierungswechsel auf Bundesebene im Mai 2025 ein Sondervermögen „Infrastruktur und Klimaneutralität“ für Länder und Kommunen, das mit Kreditermäßigungen in Höhe

von 500 Mrd. Euro ausgestattet wurde. Davon sollen 100 Mrd. Euro in die Aufstockung des „Klima- und Transformationsfonds“ fließen, aus dem die Kommunen ebenfalls Mittel erhalten. Die schon seit Jahren geführte Diskussion über die Investitionstätigkeit der Kommunen rückt damit noch einmal mehr in den Fokus der Politik. Verschiedene medial besonders wahrgenommene Schadensereignisse, wie etwa der Einsturz und die Sperrung sanierungsbedürftiger Brücken in Dresden, Magdeburg, Halle, Berlin und anderen Städten oder der Zustand des Streckennetzes der Deutschen Bahn, hatten diese Diskussionen zuletzt immer wieder befördert – selbst, wenn, ein Teil dieser Infrastrukturen gar nicht im Verantwortungsbereich der Kommunen liegt. Mit insgesamt rund 216 Mrd. Euro war der wahrgenommene Investitionsrückstand der Kommunen im Jahr 2025 aber immer noch beträchtlich – zumal es sich dabei um einen deutlichen Anstieg von 15,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahr handelte, wie das Deutsche Institut für Urbanistik im Kommunalpanel für die KfW-Bankengruppe

ermittelt hat. Zusammen mit den in diversen Studien ermittelten „Transformationsbedarfen“ für Herausforderungen, wie die Energie-, Verkehrs- und Klimawende, ist damit der Rahmen für die Verausgabung der Mittel des Sondervermögens Infrastruktur in den kommenden Jahren gesetzt.

Im politischen Prozess zur Ausgestaltung des Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität, das neben dem regulären Bundeshaushalt geführt wird, bleibt angesichts des wirtschaftlichen Umfeldes zu klären, wie die entsprechenden Mittel möglichst rasch und zielgerichtet durch Länder und Kommunen verausgabt werden können. Denn schon jetzt gibt es Befürchtungen, dass die „Sondermilliarden“ verpuffen könnten, da die Länder womöglich zu hohe Anteile selbst einbehalten. Zudem ist unklar, welche Steuereinnahmefälle der geplante „Investitionsbooster“ für Länder und Kommunen haben wird. So werden Unternehmen ihre Steuerlast aufgrund neuer Sonderabschreibung reduzieren dürfen. Damit ist kaum abzusehen, inwieweit und in welchem Zeithorizont die mit dem Sondervermögen bereitgestellten Ressourcen helfen werden, die Konjunktur wieder zu beleben und die durch notwendige Konsolidierungsmaßnahmen erforderlichen Ausgabenkürzungen und Einnahmefälle zu kompensieren.

Jenseits dieser Widrigkeiten und Unsicherheiten sollten die Kommunen jedoch auch selber das Fenster nutzen, dass sich durch die Sondervermögen öffnet. Das Investi-

tionsthema braucht eine grundlegende Neuausrichtung, für die Städte, Landkreise und Gemeinden zwar fraglos auf Bund und Länder angewiesen sind. Gleichwohl sollten Kommunen selbstbewusst ihre Vorstellungen und Bereitschaft artikulieren, einen oder besser gleich zwei Schritte weiter zu gehen, um bestehende Förderstrukturen und -logiken aufzubrechen. Insbesondere in Zeiten sinkender Eigenmittel und Schlüsselzuweisungen werden Kommunen immer zu einem Gutteil auf Förderprogramme angewiesen sein. Rund ein Viertel aller kommunalen Investitionen wird unter Zuhilfenahme von Fördermitteln teilfinanziert. Gleichwohl hadern Städte, Landkreise und Gemeinden – zu Recht – zunehmend mit der Vielzahl an Förderprogrammen, die inzwischen von Bund, Ländern und der EU bereitgestellt wird: alleine die Förderdatenbank des Bundes weist beispielsweise rund 990 Förderprogramme aus, die sich direkt an Kommunen oder Akteure auf der kommunalen Ebene richten.

Angesichts dieser schier unerschöpflichen Zahl können die verschiedenen Hinweise der Kommunen auf die Komplexität und Unübersichtlichkeit der bestehenden Förderkulisse kaum überraschen. So beklagt eine große Mehrheit der Städte, Landkreise und Gemeinden aufwändige Dokumentationspflichten (91%), umfangreiche Antragsunterlagen (88%) und uneinheitliche Antragsverfahren (88%). Die unzulässige Kombinierbarkeit von Förderprogrammen (82%) sowie die Komplexität von Antragsunterlagen

(82%) stellen weitere Hürden dar, die gerade kleinere und strukturschwächere Städte und Gemeinden immer häufiger abwägen lassen, ob sie sich in ein personalaufwändiges Antragstellungsverfahren nach dem Windhundprinzip begeben sollen. Nicht zuletzt mit Blick auf die Ausgestaltung des Sondervermögens „Infrastruktur und Klimaneutralität“ sowie die avisierte Aufstockung des Klima- und Transformationsfonds (KTF) um 100 Mrd. EUR lässt aus diesen Hinweisen eine zentrale Forderung ableiten, die sich mit dem Zauberwort „Vereinfachung“ umschreiben lässt: sollten die Mittel im Rahmen der Sondervermögen überhaupt über Förderprogramme ausgereicht werden, so braucht es Ansätze der administrativen Vereinfachung. Aber auch die wirkungsorientierte Gewährung von Pausch- und/oder Festbeträgen wäre wünschenswert. Hier sind auch die Länder gefordert, die sich inzwischen auf eine Mittelverteilung untereinander nach dem Königsteiner Schlüssel verständigt haben.

Die Neuausrichtung der Investitionstätigkeit der Kommunen sollte aber auch in einer Selbstverpflichtung zu mehr Klimaschutz und Klimaanpassung bestehen. Denn auch die Kommunen müssen in den kommenden Jahren ihren Beitrag dazu leisten, dass die Bundesrepublik die Pariser Klimaziele erreicht. Dies gilt umso mehr, da viele Städte, Landkreise und Gemeinden bereits seit Jahren in unterschiedlichen klimapolitisch relevanten Feldern aktiv sind, indem sie – im Rahmen ihrer haushalterischen und personellen Möglichkeiten – beispielsweise in klimaverträgliche Infrastrukturen und Technologien investieren, eigene Verwaltungsprozesse nachhaltiger organisieren und die Bürgerinnen und Bürger vor Ort für Klimaschutzbelange mobilisieren. Nichtsdestotrotz muss die Taktzahl für die Verwirklichung von Maßnahmen in den Bereichen Klimaschutz und Klimaanpassung deutlich erhöht werden – insbesondere in den vielen kleinen und mittleren Kommunen. Wenn wenigstens das 2-Grad-Ziel noch annähernd erreicht werden soll – das 1,5-Grad-Ziel scheint inzwischen außer Reichweite –, müssen die Kommunen ihrer besonderen Vorbildfunktion gerecht werden und voranschreiten – unabhängig davon, wie schnell Bund und Länder die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen. Eine derartige Transformation lässt sich jedoch nicht mehr alleine mit einer Unzahl an Förderprogrammen von Bund und Ländern administrieren. Um die erforderlichen finanziellen Ressourcen möglichst rasch und effizient „auf die Straße“ zu bringen, braucht es einen Mix an wirkungsorientierten Policies, die auch die Kommunen selber aufsetzen können, sowie geeignete Transferkanäle zwischen den föderalen Ebenen, mit denen sich jeweils kurz-, mittel- und langfristige ent-

Perspektiven für die Kommunalfinanzen



sprechende Maßnahmen realisieren lassen. Auch die Frage einer Mobilisierung von privatem Kapital über die Finanzmärkte wird dazu angesichts des Ausmaßes der Transformationsherausforderungen immer virulenter. Dazu zählt jedoch auch ein verfassungsrechtlich und einfachgesetzlich formuliertes Finanzierungsbekenntnis zugunsten von Klimaschutz und Klimaanpassung – auch in den Kommunen.

Die Abhängigkeit der Kommunen von Finanzzuweisungen und Fördermitteln von Bund und Ländern ist mithin groß. Die Spielräume zur Erhebung oder Beschaffung eigener Einnahmen hingegen sind limitiert. Grundsätzlich haben die Kommunen zur Erfüllung ihrer Aufgaben Abgaben und Steuern zu erheben. Diese in allen Kommunalordnungen anzutreffende Reihung verweist bereits auf den (theoretischen) Vorrang des Prinzips der Entgeltfinanzierung durch eine Erhebung von Gebühren und Abgaben. Die Kreditaufnahme als weiteres Finanzierungsinstrument darf eigentlich nur in Ausnahmefällen und dann ausschließlich für investive Zwecke in Anspruch genommen werden. In Zeiten moderater Einnahmewachse bei wachsenden Aufgabenübertragungen durch Bund und Länder bildet sie – insbesondere in Gestalt der sogenannten Kassenkredite – jedoch eine weitere Möglichkeit, um kommunale Aufgaben zu erfüllen. Spätestens seit Einführung der Schuldenbremse für Bund und Länder im Jahr 2009 wird auch die Kommunalverschuldung durch die zuständigen Aufsichtsbehörden deutlich restriktiver gehandhabt. Zum Abbau hoher Schuldenstände sowie zur Finanzierung ihrer Aufgaben haben viele Kommunen zeitweise auf

ein weiteres Instrument zurückgegriffen: So kann die Veräußerung kommunaler Liegenschaften, Gebäude oder Unternehmensbeteiligungen zur Refinanzierung von öffentlichen Aufgaben genutzt werden – allerdings meist nur mit kurzfristigen Effekten. Darüber hinaus stellen Vermietungen oder Verpachtungen zwar theoretisch ein längerfristiges, jedoch in den meisten Fällen auch beschränkt aufkommensstarkes Instrument dar. Seitdem die Kommunen seit Ende des 19. Jahrhunderts im Zuge des Ausbaus der öffentlichen Daseinsvorsorge immer mehr öffentliche Aufgabenbereiche übernommen haben, wurden Teile dieser Leistungen auch unternehmerisch organisiert. Als Marktakteur, beispielsweise durch die Gründung von Stadtwerken, war es den Kommunen möglich, Gewinne zu erwirtschaften und damit andere Teilaufgaben quer zu finanzieren. Einer Welle der Privatisierung öffentlicher Unternehmen seit Mitte der 1990er Jahre steht seit einiger Zeit ein Rekommunalisierungstrend entgegen, von dem beispielsweise auch neue Formen der dezentralen Energiegewinnung im Zuge der Energiewende profitieren. Zweckverbände und andere Interessengemeinschaften stellen wiederum insbesondere für kleine Kommunen eine Möglichkeit dar, Aufgaben untereinander zu teilen und damit effizienter und kostengünstiger zu erbringen. Sie stellen somit vor allem ein Instrument zur Einsparung von Ausgaben dar. Erschließungseinnahmen wie die Ausweisung von Baugebieten oder Vorrangflächen bieten zusätzliche Möglichkeiten, durch die entstehenden Wertschöpfungsketten Gewinne in Form von Abgaben, Gebühren oder Umlagen zu erzielen.

Zu den alternativen Finanzierungsinstrumenten von Kommunen, die auf einer Beschaffung von Fremdkapital auf dem Kapitalmarkt beruhen, zählen zum einen die Gruppe der unterschiedlichen kommunalen Anleiheformen einschließlich von Schuldscheindarlehen und sogenannten „Green Bonds“ sowie Kreditfonds. Zum anderen liegt aber auch einer zweiten Gruppe von „Beschaffungsinstrumenten“, wie Öffentlich-Privaten Partnerschaften, Leasing- und Contracting-Modellen, eine marktförmige Finanzierungslogik zugrunde. Während die Kommunen bei der ersten Gruppe dieser Finanzierungsformen die Erfüllung ihrer Aufgaben weiterhin autonom wahrnehmen, nutzen die Kommunen bei der zweiten Gruppe – neben der Fremdkapitalfinanzierung – die Möglichkeit, einen Teil der praktischen Aufgabenerfüllung an Dritte zu externalisieren. Daneben mobilisieren die Kommunen inzwischen auch ihre Bürgerinnen und Bürger, um sie für die Finanzierung von meist kleineren Investitionsvorhaben zu gewinnen. Zu den Instrumenten hier zählen Formen des Crowdfundings, von Bürgerdarlehen aber auch Stiftungen.

All diese Finanzierungsansätze können aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die gegenwärtige Finanzlage der Kommunen in Deutschland insgesamt mehr als prekär ist. Sollten sie auch in diesem und in den kommenden Jahren derart hohe Defizite aufweisen, werden Bund und Länder nicht umhinkommen, den Kommunen substantiell unter die Arme zu greifen. Zwar hat der Bundeskanzler vor einigen Monaten weitere Finanzhilfen für Städte, Landkreise und Gemeinden ausgeschlossen. Allerdings dürfte sich diese Position kaum durchhalten lassen – insbesondere, da in diesem Jahr fünf Landtagswahlen anstehen, deren Ausgang die soziale Integrationsfähigkeit vor allem der Kommunen weiter untergraben könnte. Um einer weiteren Polarisierung und Spaltung der Gesellschaft vorzubeugen, sollte die gegenwärtige Krise als Chance zu einer grundlegenden Neuordnung des kommunalen Finanzsystems genutzt werden.



Henrik Scheller (DIFU) während seines Beitrags

Dr. Henrik Scheller ist seit 2015 Leiter des Teams „Wirtschaft, Finanzen und Nachhaltigkeitsindikatorik“ am Deutschen Institut für Urbanistik (Difu). Dort verantwortet er eine Vielzahl interdisziplinärer Projekte zur kommunalen Finanz- und Haushaltswirtschaft – meist in Verbindung mit Fragen der öffentlichen Investitionstätigkeit und Infrastrukturplanung. Henrik Scheller ist Mitherausgeber des Jahrbuchs für öffentliche Finanzen.

Eine Konsolidierung der Kommunalfinanzen ist möglich! Potsdam muss politischen Druck machen!

Empfehlungen der Kerngruppe zur 83. Sitzung



Für die Initiative „Potential für Potsdam“ nimmt Uwe Rühling zur Finanzsituation Stellung.

Die Sitzung hat mit der Situation und den Perspektiven der Potsdamer Finanzen ein kommunalpolitisch aufgeladenes Thema angepackt, das in Potsdam und anderen Städten und Institutionen derzeit kontrovers diskutiert wird. Gemessen an diesem Kontext fand die Debatte in kultivierter Form statt und war von wechselseitigem Verständnis für die jeweilige Logik kommunaler Handlungsbereiche geprägt. Die Sitzung hat gezeigt, dass „Zukunftsthemen in einer Stadt wie Potsdam konkret und konstruktiv zwischen Bürgern und Politik verhandelt werden können“ (Henrik Scheller, DIFU).

Die übergeordnete Analyse der Kommunalfinanzen zeigt: Potsdam ist kein Sonderfall und die bestehenden Finanzierungsnotlagen entstanden nicht durch spezifisches Fehlverhalten. **Die Unterfinanzierung hat vielmehr strukturelle Ursachen und bedarf einer strukturellen Lösung!** Neue Aufgaben dürfen nur dann auf die Kommunen übertragen werden,

wenn sie vollständig ausfinanziert werden (Konnexitätsprinzip). Weitere Verbesserungsvorschläge dafür liegen auf dem Tisch und sollten mit dem erforderlichen politischen Druck der Kommunalpolitik und der engagierten Bürger öffentlich diskutiert werden.

Die Vertreter von für Potsdam wichtigen kommunalen Aktionsbereichen haben deutlich gemacht, dass sie die Finanzierungszwänge durchaus wahrnehmen, aber erwarten, dass die durch ihre Aktivitäten bewirkten wirtschaftlichen Effekte etwa im Bereich der Kultur anerkannt werden, selbst wenn sich deren sog. Umwegrentabilität erst mit gewisser zeitlicher Verzögerung zeigt. Auch die vielfältigen Leistungen im Sozialbereich sollten nicht verkürzt nur als Kostenfaktor wahrgenommen werden, denn sie führen bei gezieltem Einsatz zu präventiver Aktivierung v.a. von Jugendlichen und Menschen in sozialen Notlagen, vermeiden Mehrausgaben in späteren Phasen und fördern den sozialen Zusammenhalt. Potsdam sollte sich auch stärker klarmachen,

dass es im Bereich der Grundlagenforschung, des Technologietransfers und der Unternehmensgründung ein Hotspot ist, der wesentlich für die Attraktivität der Stadt ist und weit über sie hinauswirkt.

In Bezug auf viele Standardleistungen herrscht bei der Stadtverwaltung Klarheit darüber, dass es dort Verbesserungsbedarf etwa durch Digitalisierung und künstliche Intelligenz gibt. Die Wirkungsorientierung von kommunalen Finanzmitteln v.a. in den Transformationsbereichen (Klimaanpassung, Verkehrswende, Energiewende) etwa in Bezug auf CO₂-Einsparung sollte stärker in den Fokus genommen werden. Wenn die nun vorerst beigelegte Haushaltskrise etwas gebracht hat, dann die Erkenntnis, dass auch in diesem Sektor das Primat der Transparenz und Offenheit gelten sollte und dass solidarisches Handeln oberstes Gebot ist.

Für die Kerngruppe
Günter Schlusche

Potsdam steht inmitten einer dynamischen Entwicklung. Wichtige Entscheidungen für die Stadtentwicklung sind getroffen - die Vielzahl der von öffentlicher wie privater Seite realisierten Maßnahmen, die eingeleiteten Bauprojekte, Planungen und das damit in der Stadt investierte Finanzvolumen sind ein beeindruckender Beleg dafür. Die Pflege der Potsdamer Kulturlandschaft, die Sanierung der Altstadt Potsdams und Babelsbergs sind auf gutem Wege und tragen maßgeblich dazu bei, dass Potsdam seine Reputation als kulturelles Zentrum stärkt. Zugleich ist Potsdam im Begriff, sich mit den restrukturierten Hochschulen und den zahlreichen inner- und außeruniversitären Forschungseinrichtungen ein zukunftsweisendes Profil als Wissenschafts- und Dienstleistungsstadt zu verschaffen. Mit seiner hohen Lebensqualität zieht Potsdam Familien, Fachkräfte, Senioren an und gehört zu den wachsenden Städten in Deutschland.

Trotzdem gibt es auch in Potsdam Schwierigkeiten bei der Fortführung dieser Prozesse: Die aus der positiven Entwicklung folgende Verdichtung, die im Widerspruch zum landschaftsgeprägten Charakter der Stadt bzw. der historischen Kulturlandschaft steht, die wachsenden Mobilitätsanforderungen, der erhöhte Bedarf an Wohnbauten und Bildungseinrichtungen oder der nur begrenzt von der Stadt beeinflussbare Anstieg der Mieten führen

zu Konflikten und erhöhtem Planungsbedarf. Eine aktive Bürgerschaft und die Entwicklung umfangreicher Beteiligungsprozesse zeigen einen lebhaften Diskurs. Insbesondere bei der Entwicklung der Potsdamer Mitte, in der zukünftige, am historischen Grundriss orientierte Strukturen die Verhältnisse der DDR-Zeit in Frage stellen, zeigen sich divergierende Positionen. Weitere Konfliktfelder liegen im Bereich der Verkehrsentwicklung, bei der gerechte und ökologische Konzepte liebgeordnete Gewohnheiten aufheben. Der Ausbau der Wohnviertel im Süden sowie die Entwicklung und Anbindung der nördlichen Ortsteile stellen die Stadt vor große Herausforderungen. Viel zu wenig Beachtung finden die Dynamik des kulturellen und sozialen Lebens in der Stadt sowie die Anforderungen des Klimawandels.

Für die politische Spitze ist die Überwindung von Kommunikationsdefiziten und die Gewinnung aller Kräfte für einen gemeinsamen Kurs eine sich immer wieder neu stellende Herausforderung. Genau hier setzt die Initiative für ein STADT FORUM POTSDAM an, die die Potsdamer Stadtentwicklung seit 1998 begleitet. Das STADT FORUM POTSDAM ist eine Institution, die wesentliche Kräfte und Instanzen der Stadt zusammenführt und mit direkten Kommunikationsformen den Prozess der Neuausrichtung der Stadtpolitik inhaltlich untermauert, fachlich qualifiziert und durch öffentliche Debatten

transparent macht. Das STADT FORUM POTSDAM stellt sich die Aufgabe, alle wichtigen Fragen, Aspekte und Konflikte der Potsdamer Stadtentwicklung zu behandeln - in wechselseitiger Verknüpfung von Fachwissen, bürgerschaftlichem Engagement und politischer bzw. administrativer Verantwortung. Das STADT FORUM POTSDAM will nicht erst tätig werden, nachdem die Würfel gefallen sind, sondern will über Zusammenhänge, bereits vorliegende Ergebnisse und Hintergründe aufklären, bevor die Entscheidungen getroffen werden. Das STADT FORUM POTSDAM versucht, als „Verhandlungsgremium zu kooperativen Lösungen beizutragen“ (Erika Spiegel). Voraussetzung dafür ist der unvoreingenommene, gleichberechtigte Dialog aller engagierten Personen - jenseits ihrer formalen Legitimation. Darin liegt die besondere Qualität einer Beteiligungskultur, die zwischen den lebensweltlich und formal getrennten Bereichen eine Vermittlungsebene anbietet. Es ist dabei zum einen wesentlich, die fachlichen Konzepte und Diskussion für die bürgerschaftlichen Debatten verfügbar zu machen. Zu anderen geht es darum, die zivilgesellschaftlichen Expertisen einzubeziehen und dabei auch für ungewöhnliche Perspektiven offen zu sein.

Mit diesen Grundsätzen ist das STADT FORUM POTSDAM ein wichtiger Bestandteil bürgerschaftlicher Beteiligung im öffentlichen Diskurs der Landeshauptstadt Potsdam.



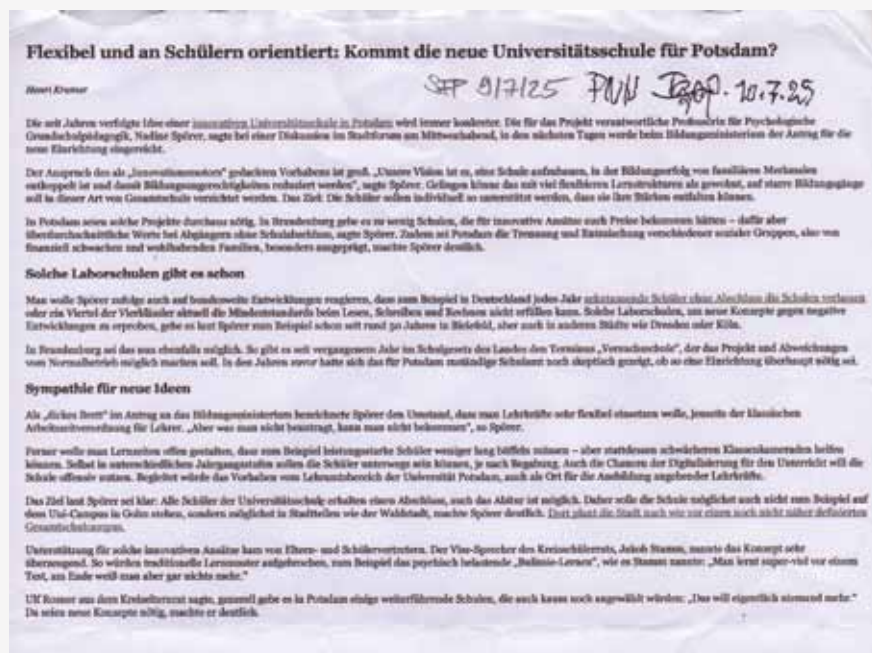
Anja Engel erläutert die Positionen des Rechenzentrums beim Thema Finanzen.

1. Das STADT FORUM POTSDAM ist ein unabhängiges, fachübergreifendes und öffentlich tagendes Gremium, das zur inhaltlichen Neuausrichtung der Stadtentwicklung Potsdams wichtige Impulse geben will.
2. Im STADT FORUM POTSDAM arbeiten Mitglieder öffentlicher und privater Institutionen mit. Jede/r hat gleiches Rederecht, jenseits seiner/ihrer formalen Qualifikation. Die Mitglieder des STADT FORUMS POTSDAM werden persönlich eingeladen. Sie verstehen sich als engagierte, dem Gemeinwohl der Stadt verpflichtete Individuen, nicht etwa als weisungsgebundene Delegierte.
3. Das STADT FORUM POTSDAM tagt regelmäßig zu unterschiedlichen, jedoch qualifiziert vorbereiteten Themen. Die Sitzungen werden vom Moderator geleitet. Eine Kerngruppe ist verantwortlich für die inhaltliche Steuerung, die Einladung der Mitglieder sowie die Vor- und Nachbereitung der Sitzungen. Sie bildet zusammen mit den in „Bänken“ gegliederten Mitgliedern das Plenum.
4. Die Mitglieder bringen alle verfügbaren Informationen ein - nach dem besten Stand ihres Wissens. Die Hinzuziehung von Experten und das Einsetzen von Arbeitsgruppen ist möglich.

5. Das STADT FORUM POTSDAM erarbeitet Positionen in einem transparenten, für alle Blickrichtungen offenen Verfahren, es stimmt nicht ab. Ziel ist die konsensorientierte Erarbeitung von Problemlösungen und Empfehlungen, nicht der bloße Austausch von Standpunkten.
6. Für die erfolgreiche Arbeit des STADT FORUMS POTSDAM ist die enge Zusammenarbeit und Unterstützung durch Politik und Verwaltung v.a. der Landeshauptstadt Potsdam unverzichtbar. Die Mitglieder des STADT FORUMS POTSDAM erwarten, daß die von ihnen erarbeiteten Empfehlungen und Positionen bei den Entscheidungen der politisch und fachlich Verantwortlichen berücksichtigt werden.
7. Die Sitzungen des STADT FORUMS POTSDAM werden protokolliert, die Empfehlungen werden schriftlich zusammengefasst.
8. Für die Organisation und das technische Management (Einladungen, Adressen, Materialien usw.) ist eine Geschäftsstelle verantwortlich, die auch zwischen den Sitzungen als Anlaufstelle fungiert.

Diese Arbeitsvereinbarung wurde auf der konstituierenden Versammlung des STADT FORUMS POTSDAM am 25.3.1998 zustimmend zur Kenntnis genommen.

PNN 10. 07. 2025



Potsdams Finanzbeigeordneter Burkhard Kasper (SPD) stimmt auf zusätzliche Sparanstrengungen in der Landeshauptstadt ein. So seien im nächsten Jahr voraussichtlich zehn Millionen Euro mehr im Sozialbereich nötig als geplant, warnte Kasper am Donnerstagabend bei einer Veranstaltung des Stadtkollegs. Er warnte dabei vor einem neuen Haushaltsloch.

Die neue Steigerung von zehn Millionen Euro kommt zusätzlich zu einer anderen Kasper-Botschaft der vergangenen Wochen, dass Potsdam ab 2026 wegen sinkender Landeinzugsbeiträge über 25 Millionen Euro Einnahmen weniger verbuchen kann als geplant - und zwar Jahr für Jahr. Deshalb muss Potsdam neue Überbrückungsmittel finden. Dabei spielt gerade der neue Haushalt eine zentrale Rolle und weniger schmerzhaft Einsparungen - zumal die Rücklagen der Stadt schwinden.

Zu konkreten Sparmaßnahmen ließ Kasper nur wenig durchblicken. Jedenfalls werde man voraussichtlich Zuschüsse beispielsweise für den Sozial- oder Kulturbereich nicht aufheben können - trotz bekanntermaßen allgemeiner Sparanforderungen. Acht Millionen Euro, die Potsdam für längere Kita-Öffnungszeiten erhält, seien voraussichtlich weiter im Haushalt enthalten, so Kasper.

Zusammen werde man „auf Wirkungserwartungen setzen müssen“, sagte er - also priorisieren und darauf achten, wo eingesetztes Geld die größte Wirkung erzielt. Als Beispiel nannte Kasper die auf Wunsch der Bürgerinnen und Bürger erweiterte Förderung für den Leserehrer. „Flotte 17“, wie die Stadt derzeit per Verbotsergänzung einen zweistelligen Betrag zahlt, Kasper machte deutlich, dass er das nicht als einmalig erachtet. Im vergangenen Frühjahr war ein erster Vergleich des Rathauses für einen Sparhaushalt von den Ratvertretern weitgehend verhindert worden.

Der Kämmerer betonte einmal mehr, wie stark Kommunen zunehmend unter Druck geraten seien, gerade durch steigende, zum Großteil von den Städten nicht bewertbare Sozialleistungen. So habe die Stadt für Sozialleistungen im Jahr 2023 noch knapp 34 Millionen gezahlt. 2026 seien voraussichtlich 75 Millionen Euro nötig. Bei der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe habe sich der Zuschussbedarf von 135 Millionen auf über 200 Millionen Euro erhöht, unter anderem wegen steigender Kosten für die Kita-Beimengung.

Bei den Kommunen müssten mehr Heilmittelmaßnahmen klagen helfen, um solche Schieflagen zu beenden, forderte Kasper. Längst diskutiere er mit der Kommunalaufsicht. Die Kontrollbehörde habe für Potsdam bereits ein Haushaltsüberwachungskonzept (HUK) erarbeitet. Damit würde die Stadt vom Land in noch größeren Sparanstrengungen gezwungen, gerade bei freiwilligen Leistungen für Sport, Jugend oder Kultur. Ziel der Überwachung aber sei es, die wichtigsten Strukturen aufrechtzuerhalten, so Kasper. Mit einem solchen HUK werde es auch schwieriger, Kredite für zum Beispiel Schuldenbremse oder andere Investitionen zu begründen.

Reichen 92 Millionen Euro Sondervermögen?

Rein Sondervermögen der schwarz-roten Bundesregierung kämpfte Kasper einmal mehr die Erwartungen. „Wer denkt, dass das die Lösung der Probleme ist, der irrt.“ Potsdam erwarte rund 92 Millionen, allerdings gestreckt über zehn Jahre. Ein erster Teil sei bereits für den Betrieb des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) eingeplant, aber nur 14 Prozent der Gesamtschulden. Die restlichen 78 Prozent müssten über andere Mittel gedeckt werden. Die ÖPNV organisiert gerade der Ersatz für das Halteplatznetz Süd und muss dafür Geothermie-Anlagen finanzieren. Mit solchen Transformationsaufgaben würden die Kommunen quasi allein gelassen, so Kasper.

Gemeinden unter Druck

Anstatt Budget als Kämmerer Burkhard Kasper (SPD) betonte Heiner Krüger von der Potsdamer Zeitung für Umwelt in Berlin die Lage der Städte und Gemeinden. Die Person sei als „Kämmerer“ bekannt, sagte er. Die Frage: Die Städte und Gemeinden können durch den Staat nicht mehr ausreichen in Schulen und Straßen investieren. Ein großer Teil der Kosten wird von den Kommunen über 75 Prozent der öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) getragen, aber nur 14 Prozent der Gesamtschulden. Die restlichen 78 Prozent müssten über andere Mittel gedeckt werden. Die ÖPNV organisiert gerade der Ersatz für das Halteplatznetz Süd und muss dafür Geothermie-Anlagen finanzieren. Mit solchen Transformationsaufgaben würden die Kommunen quasi allein gelassen, so Kasper.

Als Gegenmaßnahme empfiehlt Krüger eine für die Kommunen günstige Neubewertung der Grundstücke, mehr Wohnungsbau und eine bessere Nutzung der öffentlichen Räume. Die Kommunen müssten also mehr auf die Städte und Gemeinden zugreifen, um die Kosten zu decken. (PNN)

Bei der Diskussion warnten mehrere Teilnehmer, dass das Sparen allein nicht die Lösung sein könne. Der Dokumentarfilmer Robert Lucas von der Initiative „Kultur macht Potsdam“ sagte, gerade die Kultur in Potsdam sei ein Touristenmagnet. Diese leichten Einnahmen für die Stadt, die bei Kürzungen in der Kultur wiederum fehlen würden, so Lucas.

Kasper sagte, er könne solche Diskussionen über die sogenannte Umverteilung. Diese lasse sich aber für eine Stadt betriebswirtschaftlich in einem Haushaltsplan nicht abbilden. Das heißt: Ein Museum im Stadtgebiet eben ein Museum.

Der Treffpunkt Freizeit-Chef Uwe Böhling, der seit vergangenen Frühjahr das Amt: Peter Böhling, Präsident für Potsdam, äußerte, wachse sich gegen Einrichtungen im Jugend- und Sozialbereich. Wenn Kinder und Jugendliche frühzeitig mit Problemen konfrontiert werden, spare das später Geld für noch teurere Therapien. Zudem sei ein Bedarf des Sozialbereichs. In Potsdam verleihe die Wohnungsmarkt die Lage, wenn man Beispiel fertig theoretische Jugendhilfe nicht aus betriebswirtschaftlichen Argumenten ableiten können. Damit ließen Plätze für andere Hilfsleistungen besetzt, dass dann nicht adäquat gelöst werden können. „Das macht alles immer teurer.“

Rein Thema Jugendhilfe sagte Böhling, man könne darüber reden, ob sehr oder 15 Einrichtungen für Potsdam nötig seien. Wichtig sei, die Zahl der Sozialarbeiter in der Stadt auf gleichem Niveau zu halten und Hilfen für die jungen Menschen anbieten zu können.

Die Geschäftsführerin des Wissenschaftsparks Götze, Agnes von Matzschka, wünschte sich mehr Mut für innovative Wege, gerade in Sachen Digitalisierung der Stadt und der Verwaltung.

Der Unternehmer Christopher Weik, Beauftragter für die neue Kreistagpartei in der Mitte, forderte mehr Anreize dafür, dass sich Unternehmen in Potsdam ansiedeln - die für den Mitarbeiter mehr Wohnraum benötigen würden. Die zuletzt beschlossene Erhöhung der Gewerbesteuer sei zusätzlich eine falsche Anreiz.

MAZ 7/7/25
Debatte über
„Schulen für
Potsdam“Stadt-Forum lädt
für 7. Juli ein

Die Schulentwicklung steht in Potsdam vor großen Herausforderungen. Neben dem notwendigen quantitativen Ausbau rücken Fragen der Bildungsungerechtigkeit und innovativer pädagogische Konzepte immer stärker in den Fokus. Die demographische Entwicklung, soziale Ungleichheiten und neue Erkenntnisse aus Lern- und Hirnforschung erfordern eine Neujustierung von Schulbau und Bildungsangeboten. Dem widmet sich das Stadt-Forum Potsdam.

In seiner 81. Sitzung will das Forum gemeinsam mit Experten und Expertinnen und der interessierten Öffentlichkeit diskutieren, wie Potsdam die Schulentwicklung zukunftsfähig und chancengerecht gestalten kann. Dabei geht es um die Herausforderungen der Schulplanung, innovative Schulbaukonzepte, die Förderung sozialer Teilhabe und die Rolle von Modellprojekten wie der geplanten Universitätschule. Die Veranstaltung möchte den Austausch zwischen Verwaltung, Politik, Fachleuten, Eltern und Schülerinnen und Schülern stärken und Impulse für die weitere Debatte setzen. Die Sitzung findet am Mittwoch, dem 3. Juli, ab 18 Uhr in der Rosa-Luxemburg-Schule statt. Mitwirkende: Teresa Reimann (SVV), Christian Hilbert (Stadtverwaltung), Francesca Bonnisma (AFF Architekten), Prof. Dr. Nadine Spörer und Dr. Verena Maier (Universität Potsdam), Jann Schorf (Kreishilfsrat), Jan-Martin Hoffmann (Schulleiter), Simon Friedrich Raabe (Schulleiter) und Jakob Stamm (Kreisschulleiter).

Die Veranstaltung wird gestreamt über den YouTube-Kanal der Stadtverwaltung Potsdam.

TAGESSPIEGEL
PNN

Flexibel und an Schülern orientiert Kommt die neue Universitätschule für Potsdam?

Die Einrichtung könnte in der Waldstadt starten. Das fertige Konzept wurde man erstmals öffentlich präsentiert. Lob gab es von einem Schülervertreter.

Die seit Jahren verfolgte Idee einer innovativen Universitätschule in Potsdam wird immer konkreter. Die für das Projekt verantwortliche Professorin für Psychologische Grundschulpädagogik, Nadine Spörer, sagte bei einer Diskussion im Stadtforum am Mittwochabend, in den nächsten Tagen werde beim Bildungsministerium der Antrag für die neue Einrichtung eingereicht. Der Anspruch des als „Innovationszentrum“ gedachten Vorhabens ist groß. „Unsere Vision ist es, eine Schule aufzubauen, in der Bildungserfolg von familiären Merkmalen entkoppelt ist und damit Bildungsungleichheiten reduziert werden“, sagte Spörer. Gelingen könne das mit viel flexibleren Lernstrukturen als gewohnt, auf starke Bildungsgänge soll in dieser Art von Gesamtschule verzichtet werden. Das Ziel: Die Schüler sollen individuell so unterstützt werden, dass sie ihre Stärken entfalten können.

In Potsdam seien solche Projekte durchaus nötig. In Brandenburg gebe es zu wenig Schulen, die für innovative Ansätze auch Preise bekommen hätten – dafür aber überhöhten Schulplätze. Zudem sei Potsdam die Trennung und Entzweiung verschiedener sozialer Gruppen, also von finanziell schwachen und wohlhabenden Familien, besonders ausgeprägt, machte Spörer deutlich.

Solche Laborschulen gibt es schon

Man wolle Spörer zufolge auch auf bundesweite Entwicklungen reagieren, dass zum Beispiel in Deutschland jedes Jahr zehntausende Schüler ohne Abschluss die Schulen verlassen oder ein Viertel der Viertklässler aktuell die Mindestanforderungen beim Lesen, Schreiben und Rechnen nicht erfüllen kann. Solche Laborschulen, um neue Konzepte gegen negative Entwicklungen zu erproben, gebe es laut Spörer zum Beispiel schon seit rund 50 Jahren in Bielefeld, aber auch in anderen Städte wie Dresden oder Köln.

In Brandenburg sei das nun ebenfalls möglich. So gibt es seit vergangener Jahre im Schulgesetz des Landes den Terminus „Versuchsschule“, der das Projekt und Abweichungen vom Normalbetrieb möglich machen soll. In den Jahren zuvor hatte sich die für Potsdam zuständige Schulamt noch skeptisch gezeigt, ob eine Einrichtung überhaupt nötig sei.

Sympathie für neue Ideen

Als „dickes Brett“ im Antrag an das Bildungsministerium bezeichnete Spörer den Umstand, dass man Lehrkräfte sehr flexibel einsetzen müsse, jenseits der klassischen Arbeitsverteilung für Lehrer. „Aber was man nicht beunruhigt, kann man nicht bekämpfen“, so Spörer.

Die Debatte im Netz

Der Stream der Veranstaltung findet sich auf dem YouTube-Kanal der Stadt Potsdam. An anderen Stellen der mehr als einstündigen Diskussion ging es zum Beispiel um die Architektur der neuen Schule in Wangsdorf.

Ferner wollte man Lernzeiten offen gestalten, dass zum Beispiel leistungsschwache Schüler weniger lang helfen müssen – aber stattdessen schwächeren Klassenkameraden helfen können. Selbst in unterschiedlichen Jahrgangsstufen sollen die Schüler unterwegs sein können, je nach Begabung. Auch die Chancen der Digitalisierung für den Unterricht soll die Schule offen nutzen. Begleitet würde das Vorhaben vom Lehrstab der Universität Potsdam, auch als Ort für die Ausbildung angehender Lehrkräfte.

Das Ziel laut Spörer sei klar: Alle Schüler der Universitätschule erhalten einen Abschluss, auch das Abitur ist möglich. Dabei solle die Schule möglichst auch nicht zum Beispiel auf dem Uni-Campus in Golen stecken, sondern möglichst in Stadtteilen wie der Waldstadt, machte Spörer deutlich. Dort plant die Stadt nach wie vor einen noch nicht näher definierten Gesamtneubau.

Unterstützung für solche Innovationen kam von Eltern- und Schülervertretern. Der Vize-Sprecher des Kreisverbandes, Jakob Stamm, nannte das Konzept sehr überzeugend. So würden traditionelle Lernmuster aufgebrochen, zum Beispiel das psychisch belastende „Büro-Lernen“, wie es Stamm nannte. „Man lernt super viel vor einem Test, am Ende weiß man aber gar nichts mehr.“

Ulf Bomer aus dem Kreisverband sagte, generell gebe es in Potsdam einige weiterführende Schulen, die auch kaum noch angewählt würden. „Das will eigentlich niemand mehr.“ In seinen neuen Konzepten, machte er deutlich.

Neues Millionenloch im Sozialbereich

Vertreter von Jugendsozialarbeit, Kultur und Wirtschaft diskutieren mit Potsdams Bürgermeister Exner über Finanzen

Von Volker Oelschläger

In der Finanzplanung der Stadt für 2026 klafft eine neue Millionenlücke: Im Sozialbereich seien „zehn Millionen Euro zusätzlich nötig“. Das sagte Bürgermeister Burkhard Exner (SPD) am Donnerstag in einer Veranstaltung des Stadtforums zu den Potsdamer Finanzen.

Geplant hatte die Stadt für 2026 bei einem Gesamtbudget von 1,1 Milliarden Euro mit einem Minus von 19 Millionen Euro. Vor wenigen Wochen kam die Nachricht, dass die

Entwicklung spätestens 2028 vollständig verunsichert sind.

„Zwischen Sparzwang und Sondervermögen – Finanzschiefe Prioritäten für Potsdams Zukunft“ war der Titel der von Ursula Chelun Karin Fiebig moderierten Gesprächsrunde. „Was kann, was muss, was darf sich die Stadt leisten?“

Grundlegendes Problem sei bundesweit eine „strukturelle Unterfinanzierung“ der Kommunen, die laut deutschem Soliditätsgesetz 25 Prozent der staatlichen Aufgaben tragen, dafür aber nur 14 Prozent der Steuereinnahmen bekommen.

Henrik Scheller vom Institut für Urbanistik Berlin konstatierte, die Lage der Kommunen in Deutschland sei „dramatisch“ und „historisch beispiellos“. Er sprach von den „höchsten Finanzierungsdefiziten in der Geschichte der Bundesrepublik“. Die Aussage vom Bundeskanzler, dass es kein weiteres Geld für die Kommunen gibt, wird sicher nicht durchholbar sein.

Zu den von Scheller zitierten Forderungen von Kommunalverbänden zählten ein höherer Anteil an der Einkommen- und der Umsatzsteuer, von denen aktuell gerade 15 bzw. zwei Prozent bei den Städten und Gemeinden bleiben.

Natürlich müsse es „auch unser Job sein, zu gucken, wie wir bei den pflichtigen Sachen besser werden“, räumte Exner ein. „Auch durch Digitalisierung.“ In einigen Bereichen sei Potsdam sogar „weit vorn“. So würden in der Wohnungsbau-Intelligenz „vorant“.



Gesprächspartner Hermann Vöhring, Agnes von Matuschka, Robert Lucas, Karl Fiebig, Uwe Rühling und Christopher Weiß (v.l.) in der Veranstaltung des Stadtforums im Rathaus.

FOTO: VOLKER OELSCHLÄGER

Von Teilnehmern im Podium wurden der Stadt weitere Reserven am Stammbuch geschrieben. Der Dokumentarfilmer Robert Lucas verwies als Sprecher des Bündnisses KulturMachtPotsdam auf die wirtschaftlichen Vorteile einer verstärkten Kulturförderung.

Er zitierte eine Studie, nach der das 1,5- bis 2,3-fache der in Potsdam gezahlten Zuschüsse als „Mehrwert“ in die regionale Wirtschaft zurückkomme.

Agnes von Matuschka, Standortmanagerin des Potsdam Science Park Golen, stellte mit Verweis auf aktuelle Standortvergleiche fest:

„Potsdam ist ein Hotspot, eine Perle im Bildungs- und Wissenschaftsbereich.“ Er betonte, Grundlagengestaltung, Technologiepark, Unternehmensgründungen und dann wirtschaftlicher Erfolg.

Matuschka forderte „Net“ und „Weniger“ bei der Förderung von Innovation und Wirtschaft. Denn die Ansiedlung von Unternehmen bedeuere Gewerbesteuer, Kapitalertragsteuer, Einkommensteuer, „und das fließt alles in den städtischen Haushalt und damit auch in die soziale Infrastruktur“.

Uwe Rühling, Chef des Treffpunkts Freizeit und Sprecher des

Bündnisses Potenzial für Potsdam, beachte eine Lücke für die Jugendförderung. „Es ist schade, dass das in der Wahrnehmung immer auf der Kostenliste hängen bleibt. Ich sehe es so, dass jeder Euro in diesem Bereich unserer Nachwuchs bedeuert, ein selbstbestimmtes Teil der Gesellschaft zu sein. Das ist eine notwendige Investition, kein Konsumfaktor.“

Das von ihm vertretene Bündnis von Kultur, Sport, Kinder- und Jugendarbeit formierte sich zur jüngsten Haushaltsdebatte in Potsdam. Ausgelöst wurde der Protest gegen die Kürzungen in Millionen-

höhe durch eine vom Rathaus vorgeschlagene „Potenziallücke“ mit Sparvorschlägen.

Christopher Weiß hat sich einen Namen gemacht als Projektentwickler vom Wohnpark am Kiensteckel und vom Kreativquartier an der Plantage. Er fordert mehr Wohnungsbau: „Es gibt die Investoren, man glaubt es kaum, die klopfen hier an und werden abgewiesen. Und ich glaube, das können wir uns heutzutage echt nicht leisten.“

Auch auf dem Haushaltsentwurf für 2026 werde es Sparvorschläge geben, sagte Exner auf Nachfrage von Anna Engel, Hausmanagerin des Rathausstrahls: „Wenn wir das nicht hinkriegen, dann ist es wieder so, dass wir ein pflichtiges Haushaltsmanagement machen müssen.“

Denn verbunden wären nicht nur harte Einschnitte bei den freiwilligen Leistungen etwa für Kultur und Sport, sondern auch bei den städtischen Investitionen.

Er kenne das noch aus den schwierigen 2000er Jahren in Potsdam, so Exner: „Da haben wir aus Krediten kaum mehr machen dürfen als Bundeswehr. Deswegen sah das Stadtbild so aus, wie es hier vor Kurzem aussah.“

Engel fragte schließlich: „Was können wir alle gemeinsam tun, um Sie zu unterstützen, damit der Kanzler nicht einfach sagen kann: Mehr Geld gibt es nicht?“ Exner erinnerte an die Basenproteste in Berlin, sagte: „Wir müssen politischen Druck organisieren. Ohne eine politische Bewegung wird es nicht gehen.“

Potsdam ist ein Hotspot, eine Perle im Bildungs- und Wissenschaftsbereich.

Agnes von Matuschka, Standortmanagerin des Potsdam Science Park Golen.

Zuweisungen des Landes 2026 um 25 Millionen geringer ausfallen, als bis dahin angekündigt.

Das Defizit für 2026 vermindert sich nun auf mehr als 34 Millionen Euro. Abgedungen wurde es erneut aus den Rücklagen wirtschaftlich besserer Jahre, die ohne wesentlichen Änderungen bei der Finanz-

